

Technologisches Regieren: Konturen und Kritik

Die gesellschaftliche Selbstbeschreibung des Netzwerk-Denkens ist seit den 1940er Jahren bis in Regierungskonzepte vorgedrungen. Das demonstriert das OECD-Papier *Governance im 21. Jahrhundert*, mit dem diese Studie begonnen hat und in dem der OECD-Planungsstab – in dieser Hinsicht ähnlich wie Niklas Luhmann und Michel Foucault – eine kreative, sich immer wieder neu erfindende Politik fordert, die natürlich nur durch Netzwerke geschaffen werden könne. Aber auch im Weißen Haus hörte man bis vor kurzem den ›Sound‹ des Netzwerk-Denkens. So sprach Barack Obama im Rahmen der Sicherheitsstrategie seiner Regierung von einer »complex world« und einer »interconnected world«, in der einerseits »interconnected systems«¹ eine hohe Vulnerabilität haben und andererseits nur noch die ›Diversität‹ untereinander vernetzter Partner erlaube, die schwierigen Probleme der Gegenwart zu bearbeiten.

Diese Studie ging von der übergeordneten Frage aus, was dieses neue Netzwerk-Denken kennzeichnet, woher das technologische Regierungsdenken kommt und welche Folgen es hat, wenn Politik und Gesellschaft in den Begriffen von Netzwerken und Systemen neu geordnet werden. In diesem Schlusskapitel soll versucht werden, die großen Linien der Argumentation so nachzuzeichnen, dass der Ertrag für diese übergeordneten Fragestellungen deutlich wird.² In einer Verbindung von Rückblick und Ausblick sollen so Thesen zugespitzt werden, von denen die wissenschaftliche Debatte weitergeführt werden kann.

Dafür werde ich zunächst den Aufstieg einer technologischen Begriffs- und Wissensordnung rekapitulieren, sodass die Genese eines neuen Wahrnehmungsschemas hervortritt, das hinter dem Selbstverständnis des technologischen Regie-

1 Obama: *National Security Strategy*, für die Zitate in der Reihenfolge S. iv, 3, 4. Zur Diversitätsoffensive in den Streitkräften siehe Obama: *Presidential Memorandum*. Zur kriegstheoretischen Relevanz vgl. Wassermann: *Asymmetrische Kriege*, S. 322f.

2 Das heißt, ich verzichte darauf, die Ergebnisse der Kontext- und Fallstudien noch einmal chronologisch und im Detail zu rekapitulieren, auch wenn sie, so hoffe ich, ebenfalls neue Perspektiven auf ihren jeweiligen Gegenstand erschlossen haben.

rungsdenkens steht (Teil 1 und 2). Auf dieser Basis können dann die Konturen, demokratiethoretischen Probleme und Praxisfelder des technologischen Regierens nachgezeichnet werden (Teil 3 und 4). Durch diese Konturierung wird es schließlich möglich sein, das Netzwerk-Denken vom Neoliberalismus abzugrenzen und eine historisch-kritische Analyse der Gegenwart vorzuschlagen (Teil 5).

Die Genese des technologischen Regierungsdenkens

In dieser Arbeit wurden die untersuchten Texte als Dokumente gesellschaftlicher Selbstinterpretationen gelesen. Dabei habe ich zunächst gezeigt, dass die Beschreibung der Welt in den Begriffen von Systemen und Netzwerken ein historisch kontingentes und zudem recht junges Phänomen ist. Nach dem Zweiten Weltkrieg stand die Ordnung der Welt zwar ebenfalls zur Diskussion, das Netzwerk-Denken war aber noch keine verfügbare Alternative. Stattdessen verlief die Konfliktlinie zwischen Ablehnung und Befürwortung von Souveränität – mit dem erstaunlichen Ergebnis, dass sich die Souveränitätstheorien erneut als das dominante Deutungsmuster durchsetzen konnten, obwohl sie eigentlich bereits verabschiedet worden waren (Kap. 1).

Das Regierungsdenken der Souveränität war aber für die Genese des technologischen Regierungsdenkens von zentraler Bedeutung (Kap. 2). Gerade der Steuerungsanspruch der Politik in diesem Deutungsmuster motivierte dazu, die interdisziplinären Teams zu fördern, die zu Steuerung, Kontrolle und Planung forschten. Man brauchte die technischen Mittel, um die staatlichen Versprechen auf Frieden, Partizipation und Wohlfahrt umsetzen zu können. Infolgedessen entstanden aber zwei sehr unterschiedliche Technologien: Eine Technologik kreiste um die Umsetzung des souveränen Steuerungsanspruchs. Während darin die einen nach den Effizienzgewinnen durch technische Planungsverfahren wie das *Planning, Programming, Budgeting System* (PPBS) suchten, entfaltete sich unter dem Stichwort der Technokratie zugleich eine Selbstkritik des souveränen Regierungsdenkens: Es ging darum, die humanistische Zielsetzung und die technischen Mittel in der richtigen Balance zu halten, damit man organisatorisch die Souveränität der Politik und teleologisch die Souveränität des Menschen wahrte.

Während beide Perspektiven in dieser Debatte über die Stellung technischen Wissens weiterhin im Bann der Souveränitätstheorie standen, entwickelte sich in den kybernetischen Forschungsverbänden selbst aber eine gänzlich andere Technologik. Entscheidende Teile der Kybernetik unterzogen das moderne Regierungsdenken einer fundamentalen Kritik und lehnten dabei sowohl den humanistischen als auch den mechanistischen Strang dieses modernen Denkens als unterkomplex und veraltet ab. Dagegen setzten sie ein neues Regierungsverständnis, das informations-, system- und kommunikationstheoretische Ansätze zusammenband

und die Konnektivität und Zirkularität, Flexibilität und Komplexität von Netzwerken ins Zentrum stellte.

Diese neuen Konzepte diffundierten durch die interdisziplinäre Zusammensetzung der kybernetischen Forschungsverbünde allmählich in unterschiedliche Richtungen: Auf der einen Seite wanderte ihr Begriffsapparat etwa in die Informatik, deren Institutionalisierung von dem Kybernetiker Joseph Licklider vorangetrieben wurde. Auf der anderen Seite beeinflusste der neue Begriffsapparat aber auch unterschiedlichste Gebiete der Geistes- und Sozialwissenschaften wie die Organisationssoziologie, die Soziometrie, die Linguistik und die Ethnologie. Zudem wirkten die kybernetischen Figuren auf die Counterculture, wo sie ein Instrumentarium für die Kritik der konformistischen, hierarchischen Nachkriegskultur anboten. Mit den kybernetischen Konzepten verbreitete sich der Ruf nach einem ›neuen Zeitalter‹, mit dem sich schon kybernetische Schriften gegen das mechanistische Steuerungsdenken profiliert hatten.

Der kritische Punkt, der diesem Netzwerk-Denken als gesellschaftliche Selbstbeschreibung zu seinem Durchbruch verhalf, kam, als das Paradigma der Souveränität in die Krise geriet (Kap. 3). Mit den immer stärker werdenden gesellschaftlichen Konflikten, der tiefgehenden Wirtschaftskrise und der Wiederkehr der Gewalt verfehlte man in den 1970er Jahren die Versprechen von Integration, Wohlstand und Frieden, die die Leitidee der Souveränität nach 1945 abgegeben hatten. Selbst die ›klassischen‹ institutionalistischen und neomarxistischen Deutungsmuster diagnostizierten die Dilemmata der Souveränität und eine Überdehnung des Staates. Dadurch rissen die Fragen nach der sozialen und politischen Ordnung wieder auf, die man gerade erst beigelegt hatte, und es verschwand die optimistische Gewissheit eines Fortschritts zum Besseren, die die Modernisierungstheorie der Nachkriegszeit getragen hatte.

In dieser Staats- und Modernekrise griffen nun ideenpolitische Interventionen auf die kybernetischen Figuren zurück und brachten sie gegen das Deutungsmuster der Souveränität in Stellung. Die Kybernetik bot ihnen ein konzeptionelles und rhetorisches Arsenal, um gegen die ›veralteten‹, ›kraftlosen‹ und ›ideenlosen‹ Deutungsmuster der klassischen Moderne zu argumentieren. Das technologische Krisennarrativ entwickelte eine Antwort auf die Krisenwahrnehmungen, indem es die ›Komplexität‹ der sozialen Beziehungen mit der ›Simplizität‹ des modernen, souveränen Steuerungsdenkens kontrastierte. Das moderne Denkmuster sei zwar bisher erfolgreich gewesen, hätte aber gerade dadurch die Interdependenzen und Verflechtungen immer weiter verdichtet, sodass es nun zwangsläufig an den komplexen Bedingungen scheitere. Solange man dieses Scheitern nicht einsehe, würden die starren, hierarchischen Interventionen immer weiter in die Krise führen. Dies werde durch die Unterdrückung der Subjekte und die Blockade der Institutionen greifbar. Dagegen, so das Narrativ, helfe nur eine grundsätzliche Neubestim-

mung von Politik und Gesellschaft in den Begriffen von Systemen und Netzwerken, von Komplexität und Diversität, von Experimentier- und Risikobereitschaft.

Mit Niklas Luhmann und Michel Foucault wurden abschließend zwei Fälle einer solchen Neubestimmung im Detail untersucht (Kap. 4 und 5). Die beiden Fallstudien haben parallel die Kritik und Neubestimmung der epistemischen Ordnungen (1. Teil der Kapitel), die politischen Auseinandersetzungen (2. Teil) und die jeweiligen Ordnungsvorschläge (3. Teil) nachvollzogen. Indem ich die beiden Theorien durch das historisch-systematische Gegenmodell der Souveränität, die intellektuellen Ressourcen der kybernetischen Technologik und den historischen Umschlagpunkt in der Krise der Moderne kontextualisiert habe, traten einerseits Aspekte hervor, die in bisherigen Untersuchungen unterbelichtet worden waren. Sie lassen Luhmanns und Foucaults Theorien in einem neuen Licht erscheinen, das sie – ohne ihre Eigenständigkeit zu leugnen – als Vertreter einer breiten Strömung technologischer Antworten auf die Krise der Moderne präsentiert und dazu auffordert, nach den Folgen dieser Strömung zu fragen. Für die Rekonstruktion dieser Strömung boten die beiden Fallstudien andererseits die Möglichkeit, die Rezeption, konzeptionelle Verarbeitung und politische Positionierung der technologischen Denkfiguren auf individueller Ebene und in ihren engeren Umgebungen nachzuvollziehen. Auf diese Weise betonten sie gerade auch die *unterschiedlichen* Wege, auf denen sich das Netzwerk-Denken als Selbstbeschreibung der Gesellschaft durchsetzen konnte.

Diese Geschichte vom Aufstieg des Netzwerk-Denkens liefert einen Beitrag zur Selbstaufklärung der vernetzten Gesellschaft. Denn sie demonstriert, dass die Genese der Netzwerk-Gesellschaft keineswegs nur ein struktureller Selbstläufer des technischen Wandels ist. Die Gesellschaft als Netzwerk zu beschreiben, war längst vor Internet, Smartphone und Social Media möglich. Das technologische Regierungsdenken ist ein eigener Entwicklungszweig, der sich weitgehend unabhängig von technologischen Artefakten wie Mikroelektronik und Internet aus den kybernetischen Ideen von Systemen und Netzwerken entwickelt hat. Die ›vernetzte Gesellschaft‹ ist daher maßgeblich auch das *Produkt ideenpolitischer Interventionen*, die erfolgreich waren, als der gesellschaftspolitische Deutungsrahmen der Souveränität zusammenbrach.

Für die aktuellen gesellschaftspolitischen Debatten muss diese Einsicht in den kontingenten, ideenpolitischen Charakter des Netzwerk-Denkens Ansporn sein, um über Digitalisierung und vernetzte Gesellschaft neu nachzudenken. Denn hier kommt oft das Instrumentarium des Netzwerk-Denkens selbst zum Einsatz. Wenn Diagnosen ausgestellt werden, die einen höheren Grad an Vernetzung, steigende Komplexität oder eine neue Qualität der sozialen Beziehungen sehen, kann dies ein Artefakt der eigenen Wissensordnung sein. Es stellt sich daher aus methodologischen und aus politischen Gründen die Frage, welche epistemischen Prämissen und soziopolitischen Folgen diese Perspektive hat – und welche Alternativen es

gibt, um ein dezidiert anderes Licht auf diese gesellschaftliche Transformation zu werfen.

Netze, Ströme, Spiele: Die technologische Begriffs- und Wissensordnung

Blickt man auf die epistemischen Prämissen des technologischen Regierungsdenkens, wie es hier untersucht wurde, zeigt sich ein ganz spezifischer Begriffsapparat und eine Wirklichkeitswahrnehmung, die sich klar von anderen, etwa souveränitätstheoretischen Wahrnehmungsmustern abgrenzen lässt. Souveränität und Netzwerk-Denken stellen gewissermaßen zwei unterschiedliche Formen der Weltaneignung dar. Dabei ergibt sich auf den ersten Blick ein irritierender Befund: Denn das Netzwerk tritt in den Dokumenten gleichzeitig in sozialtheoretischer, gesellschaftstheoretischer und organisationssoziologischer Form auf. Netzwerke können zum Beispiel eine spezifische Organisationsform sein, die seit den 1970er Jahren immer weiter zunehme und sich von Hierarchie und Markt abgrenze. Gleichzeitig werden sie – und zwar oft sogar von den gleichen Personen – in quasi-ontologischer Fassung verwendet: Die Gesellschaft wird als Netzwerk beschrieben. Luc Boltanski und Ève Chiapello interpretieren diesen Prozess als eine Naturalisierung und Idealisierung des Netzwerks: »Das Netz ist die natürlichste Form. Sie ist sowohl für menschliche, wie für nicht-menschliche Einheiten zwingend, auch ohne dass sich die Akteure dessen bewusst wären«.³

Dieses Changieren zwischen generalisierten und spezifizierten Netzwerkbegriffen demonstriert die immense Strukturierungsleistung, die durch die kybernetischen Metaphoriken und Ordnungsmodelle erbracht wird. Etwas zugespitzt formuliert: Beginnt man einmal, die Welt als Netzwerk zu sehen, lassen sich immer mehr Netzwerke finden. Dies ließ sich auch an den beiden Fallstudien beobachten. So konzipierte Foucault Macht als ein Netzwerk, unterschied dann aber eine hierarchische Form des Netzwerks wie sie in den Disziplinierungsformen der Moderne vorkäme und eine neue, komplexere, flexiblere, man möchte sagen: netzwerkförmige Form des Netzwerks, für die es sich in analytischer und politischer Hinsicht zu kämpfen lohnt. Noch deutlicher wird die Proliferation der Netzwerke in Luhmanns Theorie, der einerseits das Netzwerk der Operationen als Definitionsmerkmal für autopoietische Systeme verwendet, gleichzeitig aber auch Netzwerke als Organisationsformen unter anderen behandelt.

Das gleiche Phänomen konnte aber auch im ersten Kapitel anhand des Paradigmas der Souveränität beobachtet werden. Hatte man einmal die Vorstellung entwickelt, politische Ordnungen beruhen auf einer höchsten Autorität und werden

3 Boltanski/Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*, S. 174f. (Zitat); s.a. S. 202-204.

infolgedessen von einem hierarchisch übergeordneten Steuerungszentrum koordiniert, ließen sich diese Aspekte der Realität stets hervorheben und andere abblenden. Man konnte dann die Idee der Souveränität bis in die Antike hinein verlängern. Gleichzeitig wurde aber diese Überdehnung des Begriffs innerhalb des Souveränitätsparadigmas auch beklagt, etwa von Francis H. Hinsley. In ähnlicher Weise wird auch in der soziologischen Netzwerkforschung über die Überdehnung und Unschärfe des Netzwerk-Begriffs gestritten, weil sie für eine analytische Handhabbarkeit des Netzwerkkonzeptes problematisch ist.⁴ Wissenssoziologisch betrachtet, zeigen sowohl das Changieren zwischen naturalisierten und spezifischen Begriffsverwendungen ebenso wie die umfangreichen Investitionen in die Begriffs- und Methodenarbeit an, dass das Netzwerk-Denken zu einem eigenen Muster der Weltwahrnehmung geworden ist.

Im technologischen Regierungsdenken stehen dabei neben der Metapher des Netzes weitere Begriffe, die zum Beschreiben und Durchdenken der Wirklichkeit herangezogen werden. Sie bilden in den Texten einen Verweisungszusammenhang: Die Metaphern werden verwendet, um sich gegenseitig zu erklären und ihre Deutung der Realität zu plausibilisieren. Durch die Varianz der Begriffe wird es möglich, abwechslungsreiche Beschreibungen anzufertigen, ohne auf ein anderes Deutungsmuster zurückgreifen zu müssen.

Zu diesen Metaphoriken gehört im kybernetischen Denken das *Diagramm* und die *Matrix*, die als grafisches bzw. mathematisches Modell für komplexe Interdependenzen herangezogen werden können. Ein besonders prominenter Begriff ist und bleibt aber der des *Systems*, der für Luhmanns Theorie namensgebend war und auch lange Zeit bei Foucault im Vordergrund stand. Während bis heute in der soziologischen Netzwerkforschung ein Konflikt darum besteht, ob man System und Netzwerk als parallele Begriffe führen kann (und wenn ja, in welchem Verhältnis),⁵ steht am Beginn dieser Entwicklung eindeutig ein enger Bezug der beiden Metaphern: Die Kybernetik behandelte sie als *analoge Modelle*.

Die Metaphern des Systems und des Netzwerks konnten hervorragend das grundlegende Anliegen des technologischen Ansatzes zum Ausdruck bringen: Sie etablierten eine abstrakte Sprache, die auf Organismen und Maschinen, Individuen und Gesellschaften angewandt werden konnte. Der Systembegriff eignet sich dabei ganz besonders, um diese Unbestimmtheit zu betonen und zugleich

4 Vgl. z.B. den Versuch einer integrativen Netzwerktheorie von Laux: *Soziologie im Zeitalter der Komposition*. Wie bei der ›Souveränität‹ ging es auch beim Netzwerk-Denken nicht darum, diese Definitionsarbeiten zu katalogisieren. Die Perspektive der Arbeit zielte auf die vorgängige Frage, wie es dazu kam und was es *überhaupt* bedeutet, in Netzwerkbegriffen zu sprechen. Denn erst wenn diese etabliert sind, lohnt sich der Definitionsstreit.

5 Vgl. dazu Holzer/Fuhse: »Netzwerke aus systemtheoretischer Perspektive«; Holzer: *Netzwerke*, S. 93-104.

die Spannung zwischen dem *losen Ensemble der Elemente* und ihrem funktional zusammenhängenden Charakter hervorzuheben, der Effekte produziert, ohne dass diese in der Intention der Elemente gelegen haben müssen. Komplementär dazu konzentriert der Netzwerk-Begriff die Aufmerksamkeit auf das Aktivieren von Verbindungen und Mustern, kurz: auf *Offenheit, Aktivität und Konnektivität*.

Neben diese beiden ›Zentralmetaphern‹ tritt eine dritte: das *Spiel*. Es wurde schon in der Kybernetik herangezogen, prägte organisationssoziologische Adaptionen wie die von Michel Crozier und erhielt auch in Michel Foucaults Netzwerktheorie der Macht eine prominente Stellung. Die Spiel-Metapher hat dabei zwei entscheidende Vorteile: Zum einen kann sie die Gleichzeitigkeit von autonomen, kontingenten Spielzügen und dennoch beobachtbarer, emergierender Regelmäßigkeit verdeutlichen. Sie eröffnet damit die Möglichkeit, die *agency* der Elemente im Netzwerk zu thematisieren, sie aber so zu konzipieren, dass sie stets in Abhängigkeit von anderen Spielzügen stattfindet. Zum anderen verdeutlicht die Spiel-Metapher den strategischen Charakter der Beziehungen in einem Netzwerk. Unabhängig von der Intention des Handelnden, hat jedes Handeln eine strategische Dimension, weil es die Situation im Netzwerk verändert, die wiederum die Optionen aller anderen beeinflusst. Nichts liegt außerhalb dieses strategischen Spiels. Die Metapher betont damit auch die radikale Immanenz dieses Ansatzes.

Am Beginn stand schließlich neben Systemen, Netzwerken und Spielen auch das Denkmodell der *Maschine*. Es eignete sich besonders gut, um gegen die humanistische Position der Souveränität zu polemisieren, hatte aber gleichzeitig auch das Risiko, als klassische Mechanik missverstanden zu werden. In diesem Fall würde die eigentliche Stoßrichtung verloren gehen, die das neue, postmechanistische Regelungsverständnis vertrat. Im Laufe der Zeit ist der Begriff der Maschine daher sukzessive in den Hintergrund getreten. Er wurde durch die Referenz auf den ›Nachfolger‹ der Maschine, nämlich den Computer, die Kommunikationstechnologie und das Internet ersetzt, die in technikdeterministischen Auslegungen oft zum strukturellen Grund für die Umstellung auf das Netzwerk-Denken erklärt werden.

Außerdem blieb ein *Assoziationsfeld des Stroms* erhalten, das in den untersuchten Dokumenten sehr präsent ist. Dass die Metaphorik oft genutzt wird, um den Strukturwandel der Moderne generell zu erfassen, zeigt die immense Wirkmacht, die das technologische Denken entfaltet hat.⁶ Das Assoziationsfeld des Stroms umschließt *erstens* den Bezug auf den *elektrischen Strom*, der durch Maschinen *fließt*. Dadurch erschließt es ein zusätzliches Referenzangebot des Fluiden, das wiederum seit der antiken Steuermannsmetapher mit dem Regierungsdenken verbunden ist. Es enthält *zweitens* die Referenz auf Schaltpläne und Stromkreisläufe, mit denen die lineare Steuerungskonzeption verstellt und auf Zirkularität umgestellt wird. Schließlich schlägt die Maschinen- und Strommetaphorik den Bogen zu Hard- und

6 Vgl. exemplarisch Bauman: *Liquid Modernity*.

Software der Computer, einschließlich ihres *Informationsflusses*, der durch *Codierungen* gelenkt wird.

Dieser Begriffsapparat mit seinen zentralen Metaphern von Netzwerken und Systemen, Strömen und Spielen, Informationen und Codes wurde explizit gegen den mechanistischen Begriffsapparat der Newton'schen Mechanik und gegen den humanistischen Begriffsapparat der Souveränität entworfen. Wie das erste Kapitel nachgewiesen hat, kreiste der Begriffsapparat des Souveränitätsdenkens um das wahre Sein und das reflektierte Selbst-Bewusstsein einer gebildeten Persönlichkeit. Die Kybernetik stellte ihren Begriffsapparat im direkten Gegensatz dazu auf: Es ging hier nicht um das *Wesen* der Elemente, sondern stets um den *Vorgang* der Relationierung und Organisation, der die Form der Elemente erst hervorbringt. Die Verschiebung vom *Was* zum *Wie*, vom *being* zum *doing* ist der charakteristische Zug des posthumanistischen und postmechanistischen Denkens, der sich auch den Sozial- und Gesellschaftstheorien bei Luhmann und Foucault aufgeprägt hat.

Der Kontrast zum Souveränitätsdenken eignet sich auch besonders, um die unterschiedliche Wahrnehmung der Wirklichkeit zu konturieren, die in den Zeit-, Raum- und Subjektkonstruktionen des technologischen Regierungsdenkens zum Ausdruck kommt. Wie das erste Kapitel anhand der drei Narrative gezeigt hat, verfügten die handelnden Personen im Souveränitätsdenken – so unterschiedlich ihre Ansichten in politischer Hinsicht waren – über ein geteiltes Verständnis von der Beschaffenheit der Welt. Sie konzipierten das *Subjekt* als souveränes Bewusstsein oder Gewissen, sie verstanden den *Raum* als eine parzellierte Fläche und entwarfen *Zeit* als ein lineares Kontinuum, das einer Entwicklung von der Vergangenheit in die Zukunft folge. Dabei eröffnete sich durch den Bezug auf ein objektives Ziel eine teleologische Perspektive, die sich entweder anthropologisch durch das Wesen des Menschen (Hennis, Fanon) oder theologisch durch Gott (Jouvenel, Brunner) begründen ließ. Beide Aspekte wurden als Rahmenbedingungen in das Regierungsdenken der Souveränität eingeschrieben: Das teleologische Entwicklungsziel wurde zur normativen Aufgabenstellung der Regierung, und das Flächenmodell des Raumes lagerte sich in der ›Verantwortung‹ für die Integration und Gestaltung eines Territoriums ab.

Hiervon unterscheiden sich die Zeit-, Raum- und Subjektkonzepte des technologischen Regierungsdenkens grundlegend, wie ich ausführlich bei den kybernetischen Theorien (Kap. 2.2), Michel Foucault (Kap. 4.1) und Niklas Luhmann (Kap. 5.1) gezeigt habe. Idealtypisch gesprochen,⁷ verabschiedet sich das technologische Re-

7 Damit sei betont, dass man nicht davon ausgehen muss, dass bei jeder Verwendung des Netzwerk-Modells diese Zeit-, Raum- und Subjektkonzeptionen auch *immer* und in *Reinform* auftauchen. Es ist m.E. eine zu starke Prämisse, dass Akteure stets ›reine‹ oder konsistente Weltbilder hätten. Deutlich überzeugender scheint mir die pragmatische These, dass Akteure über unterschiedliche *frames* oder Rechtfertigungslogiken verfügen, die sie situationsspe-

gierungsdenken von der territorialen Bindung des Raumes. Das wird besonders bei Niklas Luhmann deutlich, der mit seiner These der Weltgesellschaft immer wieder gegen die Rückständigkeit der Territorialität polemisierte. Das Netzwerk-Denken stellt eine andere Raumkonzeption zur Verfügung: In ihr gibt es keine *Raumflächen*, sondern im Grunde nur *einen* Gesamtraum, in dem sich ›Orte‹ oder ›Knoten‹ und ihre vielfältigen Verbindungslinien befinden. Über die Anordnung und Dichte der Knotenpunkte und Verbindungen lassen sich dann operativ eigenständige Netzwerke (oder Systeme) in dem Gesamtnetzwerk beschreiben.⁸ Es entsteht ein Mehrebenenmodell, in dem der soziale Raum als ein vielfach vermaschtes Netzwerk von Netzwerken erscheint.

Der Netzwerkbegriff trägt also bereits ein relationales Raummodell in sich, mit dem das territoriale Raummodell der Moderne ersetzt wird. Dies hat in politischer Hinsicht einerseits zur Folge, dass Territorialität als Kriterium der Zugehörigkeit zu einem Staat an Relevanz verliert. Das demonstriert etwa die eingangs zitierte Initiative einer *e-Residency* in Estland, auch wenn diese nicht alle Rechte der Staatsbürgerschaft umfasst, sondern vor allem auf Wirtschaftsförderung abstellt. Andererseits verändern sich in der technologischen Sichtweise auch Sicherheitsimperative, wie die oben angesprochene Sicherheitsstrategie der Obama-Administration illustriert: Auch hier verliert dann die Kontrolle über ein Territorium an Relevanz und stattdessen tritt die Regulation von Kommunikations- und Informationsströmen ins Zentrum der Aufmerksamkeit.⁹ Gleichzeitig öffnet sich die Perspektive dafür, dass die Regulation des sozialen Raumes aber keineswegs von zentraler politischer Steuerung im klassischen Sinne bestimmt werden könne, sondern genuin über eine dezentrale und multiple Selbstregulation laufe. Es kommen also ganz andere Akteure als die Staaten in den Blick. An diesen kurzen Andeutungen lässt sich bereits sehen, wie stark die Reformulierung der epistemischen Ausgangsposition die Denk- und Handlungsmuster des Regierens verändert.

Ebenso radikal wie vom Raummodell verabschiedet sich das technologische Denken vom Zeitmodell der Souveränität. Anstatt Zeit als ein lineares Kontinuum zu denken, wird sie als ein Prozessieren von Ereignissen konzipiert, das sich in Echtzeit vollzieht. Zwischen den Ereignissen bestehen dabei Lücken, und zwar sowohl zwischen den gleichzeitig stattfindenden Ereignissen als auch zwischen den aufeinanderfolgenden Ereignissen. Anders gesagt: Zeit ist in synchroner und diachroner Hinsicht von der Diskontinuität der Ereignisse geprägt. Das bedeutet, dass in operativer Hinsicht jedes Ereignis eine ›Singularität‹ mit eigener Komplexität ist: Es

zifisch zusammenfügen. Wie die Verhältnisse ausfallen, ist eine empirische Frage, die aber nur auf Basis einer idealtypischen Heuristik untersucht werden kann.

8 Siehe dazu etwa auch Boyer: »Netzwerke und Geschichte«, S. 48f.

9 Vgl. Münkler: »Raum« im 21. Jahrhundert«, S. 320-330.

ist einmalig und hat eine Vielzahl von nicht-linearen Relationen zu anderen Ereignissen. Die Ereignisse können dann nur *in der Beobachtung als ein kontinuierlicher Zusammenhang* erscheinen. Das gleiche Ereignis kann daher aber in unterschiedliche Zusammenhänge eingeordnet werden (»Sequenzen«, »Dauern«).¹⁰ Dieses digitalisierte Zeitverständnis ist offensichtlich stark von der (quanten-)physikalischen Revision der Newton'schen Mechanik geprägt, die von der Kybernetik explizit aufgenommen wurde.

Die ideenpolitische Stoßrichtung dieser Zeitkonzeption richtet sich *erstens* gegen die Stabilität, die die klassische Ontologie den Dingen (vermeintlich) unterstellte. Die »Ontologie« des Netzwerk-Denkens sieht eine solche wesenshafte Stabilität nicht vor: Was stabil erscheint, ist nichts anderes als eine immer wieder neue (Re-)Produktion eines Zusammenhangs, bei der sich die Elemente und Relationen effektiv ständig verändern. Um der Unterstellung von Kontinuität, Konstanz und Kohärenz zu entgehen, haben kybernetische Überlegungen im Übrigen einen neuen Begriff stark gemacht: den der Resilienz.¹¹ Er stellt auf das Paradox ab, dass Systeme nie sie selbst sind, weil sie sich in Relation zur Umwelt intern umbauen (müssen). Differenz ist die neue, quasi-ontologische Prämisse.

Auf Basis der differenztheoretischen, digitalen Temporalität polemisierte das technologische Denken – *zweitens* – gegen die Dominanz linearer Kausalität. Lineare Kausalität sei nicht der Regelfall, sondern allerhöchstens ein Grenzfall des Zusammenhangs zwischen zwei Zuständen. In den allermeisten Fällen gebe es hingegen keinen zwingenden Zusammenhang zwischen zwei Ereignissen. Um diese *prozessuale* Vorstellung auszuarbeiten, übernahm das kybernetische Denken zwei Konzepte, die dann auch bei Luhmann und Foucault weitergeführt wurden, nämlich *Emergenz* und *Evolution*.¹²

In den frühen kybernetischen Schriften diente diese Perspektive dazu, den Weltkriegen eine optimistische Entwicklungsperspektive abzutrotzen. Denn in

10 Foucault bringt dies in die Formulierung, dass es eine Multiplizität von Dauern gibt. Konzeptionell geht Luhmanns Systemtheorie hier aber deutlich weiter, weil er darstellt, wie Systeme einerseits operativ ihre Eigenzeit haben und diese andererseits durch die Produktion von Selbstbeschreibungen sinnhaft werden lassen. Die Vorstellung von einem Zeitstrahl, der von der Vergangenheit über die Gegenwart in die Zukunft hineinreicht, kann in diesen Selbstbeschreibungen aufgehoben werden.

11 Siehe Holling: »Resilience and Stability of Ecological Systems«, der aus seinen ökologischen Thesen direkt einen Management-Vorschlag ableitet, der typisch für das Netzwerk-Denken ist, läuft er doch auf den Rat hinaus »to keep options open« (S. 21). Vgl. zur Stabilitätstheorie ausführlich August: »Hierarchie, Markt, Netzwerk«.

12 Trotz der deklarierten Offenheit der Entwicklungsrichtung bleibt ein modernistischer Rest: Wie bei Luhmann herrscht oft eine Vorliebe für Höherentwicklung. Sie wird dann standardmäßig mit einer Verdichtung der Verbindungen bzw. einer Steigerung der Komplexität »erklärt«. Das zerfallende Muster macht Platz für eines mit höherer Komplexität.

dieser Theorie können auch aus weniger komplexen Systemen neue, komplexere Systeme entstehen. Dies war die informationstheoretisch abgesicherte Alternative zu jener Verfallsthese, die organologische und physikalische Modelle der Entropie seit dem 19. Jahrhundert motiviert hatten. Information wurde das optimistische Gegenmodell zur Atombombe, der Entropie in Reinform.¹³ In den späteren Adaptionen konnte diese Perspektive hingegen zu einer Neubewertung von Kontingenz dienen, die gegen die Einheits- und Kontinuitätskonzeptionen des Souveränitätsdenkens in Stellung gebracht wurde. Denn wenn Stabilität eine Selbstbeschreibung des Systems vor dem Hintergrund permanenter Neuproduktion ist, dann verlieren die »alten« humanistischen Identitätsanforderungen ihre Legitimationsgrundlage.

Man kann an diesen Argumentationsgängen sehr gut beobachten, wie die Neubeschreibungen der Realität eine gesellschaftliche Sprengkraft entfalten: Die neuen Strukturbeschreibungen werden zur Kritik normativer Muster herangezogen. Dabei konnte sich das technologische Denken auf einen ähnlichen Zusammenhang in der Souveränitätstheorie beziehen. Denn hier war in der Zeitkonzeption eine normative Anforderung an die Individuen eingelassen. Sie forderte ein, dass man eine kohärente, prinzipienbewusste und aufgeklärte Persönlichkeit ausbildet. Die Differenz- und Kontingenztheorie der Kybernetik unterläuft aber diese Vorstellung einer konstanten Identität: Das System ist nie mit sich identisch, weil es sich in jedem Moment als Funktion von System und Umwelt neu herstellen muss. Auch Identität oder Subjektivität werden so zu einem kontingenten, veränderlichen Effekt ständiger Reproduktion: »Das Selbst ändert sich [...] in jedem Moment, in jeder einzigen Sekunde.«¹⁴

Vor allem Michel Foucault griff diese Argumentationskette auf und richtete die Re-Modellierung des Selbst gegen die normativen Anforderungen der humanistischen Souveränitätslehren. Foucaults Polemik gegen die Zeit-Konzeption der Moderne steht in erster Linie im Dienste einer Zerstörung des zugehörigen Subjektbildes: »Man frage mich nicht, wer ich bin, und man sage mir nicht, ich solle der gleiche bleiben: das ist eine Moral des Personenstandes«, pointierte er diese Haltung bereits am Eingang der *Archäologie des Wissens*.¹⁵ Gegen die Moral des Personenstandes erarbeitete Foucault am Ende seines Lebens eine neue Subjekttheorie. Das Subjekt tritt hier als eine ästhetische Form auf, die durch Selbst-Technologien immer wieder neu modelliert werden kann. Das *Subjekt* ist dabei von seiner Position im Netzwerk abhängig, hat aber auch selbst einen Einfluss auf die Umgestaltung seiner Selbst und des Netzwerks.

13 Zur Atombombe als Entropie-Symbol Foerster (Hg.): *Cybernetics of Cybernetics*, S. 181.

14 So Heinz von Foersters Pointierung in Foerster/Pörksen: *Wahrheit ist die Erfindung eines Lügners*, S. 94.

15 Foucault: *Archäologie des Wissens*, S. 30.

Metaphorisch wird der Abschied von der Subjekt-/Objekt-Dichotomie im Begriff des *Relais* erfasst, das im Netzwerk sowohl angesteuert wird als auch weiterleitet und damit selbst steuert. Alternativ tritt das Subjekt, etwa bei Foucault, als *Spieler* auf, der strategische Spielzüge im Netzwerk der Interaktionen vollzieht.¹⁶ Der springende Punkt ist dabei, dass das Subjekt nicht einer Rationalität folgen muss (etwa wie der *homo oeconomicus*), sondern mit einer Vielzahl von Rationalitäten und Formen experimentieren kann. Im technologischen Regierungsdenken wird damit genau der subjekttheoretische Wandel vorformuliert und in den 1970er Jahren durchgesetzt, der laut Hartmut Rosa als die dominante Subjektform der Spätmoderne gelten kann: »Der ›Spieler‹ überwindet die lineare, verrechnende und verplanende Zeitorientierung der Moderne und ersetzt sie durch eine [...] situationsoffene und ›ereignisorientierte Zeitpraxis‹.«¹⁷

Diese technologische Konzeption eines situativen Subjekts steht einerseits im Kontext von Design-Theorien und Kunst-Projekten, die in der Counterculture an die Kybernetik anschlossen. Andererseits trifft sie sich mit den Selbst-Konzepten, die im Rahmen der Systemtheorie entwickelt wurden. Wie Heinz von Foerster bestand auch Luhmann darauf, dass das System nie das gleiche bleibt, sondern sich stets neu und anders entwirft. Identität ist daher ein Produkt der Selbst- und Fremdbeschreibung der Systeme ohne den ›wahren‹, ›authentischen‹ Kern, auf den die Subjektphilosophie der Moderne stets bestand. Wie dies illustriert, arbeiteten Foucault und Luhmann die kybernetischen Begriffe nicht zuletzt ein, um die humanistische Ontologie und die gesellschaftliche Selbstbeschreibung der Nachkriegszeit anzugreifen und ein ›neues Denken‹ durchzusetzen.

Dabei entwickelten beide ihren ›neuen‹ Denkansatz in der Auseinandersetzung mit Aufklärung und Modernisierung, auf die sich das Nachkriegsdenken der Souveränität verpflichtet hatte. Einerseits verabschiedeten sie sich von dem philosophischen Humanismus, der auf einem souveränen Subjekt aufbaut, kritisierten die politischen Ideologien von Liberalismus und Marxismus und zerlegten den Machbarkeitsglauben, der einem unzureichenden, simplizistischen Verständnis kausaler Steuerung nachlaufe. Andererseits versuchten sie aber zugleich, den kritischen Impuls der Aufklärung zu retten. Gerade für diese Operation bot das kybernetische Denken Figuren an, die eine Radikalisierung durch rekursive Revision der Begriffe möglich machte. Schon die *second-order cybernetics* hatte versucht, genau den radikal kritischen Impuls der Kybernetik zu erhalten, indem die Begriffe noch einmal

16 Als weitere Sozialfigur könnte man bei Foucault den Lebenskünstler (in der dargestellten Form von Lebenskunst) ausmachen. Eine weitere Alternative jenseits der untersuchten Fälle sind die Synapsen eines neuronalen Systems. Diese Metapher war schon in der Kybernetik leitend und prägt noch den Management-Diskurs der 1990er Jahre (Boltanski/Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*, S. 165).

17 Rosa: *Beschleunigung*, S. 368.

auf sich selbst angewendet wurden. Der neue Begriffsapparat wurde bei Luhmann und Foucault daher auch als eine reflexive Wendung der Aufklärung präsentiert, in der die epistemischen und moralischen Verkürzungen durch einen Blick zweiter Ordnung aufgehoben werden. Der formale Imperativ einer *reflexiven Revision* der eigenen Begriffe wird dann in die praktische Anforderung übersetzt, dass Systeme und Subjekte eine *ständige Selbstkritik* üben sollten. Die differenztheoretische Flexibilisierung des Denkens erscheint als eine neue aufklärerische Rationalitätsnorm.

»Regieren«: Konzeption und demokratietheoretische Folgen

Von der technologischen Begriffs- und Wissensordnung aus ließ sich eine grundsätzliche Kritik der modernen politischen Theorie formulieren, einschließlich ihrer Souveränitäts-, Kontinuitäts-, Integrations- und Identitätsvorstellungen. Allerdings sind Kybernetik, Governance und Gouvernamentalität nicht zufällig Variationen auf die Etymologie des Regierens. Denn im Grunde ist die technologische Begriffs- und Wissensordnung selbst das Ergebnis steuerungs- bzw. regulations-theoretischer Problemstellungen. Sie erst veranlassten eine Revision der modernen Selbstbeschreibungen, die dann wiederum eine Reformulierung des Regierungsdenkens ermöglichte. Diese konnte daraufhin in politische, wirtschaftliche oder sozialtheoretische Kontexte (re-)importiert werden.

In den 1970er Jahren konnte diese Reformulierung des Regierungsdenkens wirkmächtig werden, weil das bestehende Deutungsmuster Risse entlang seiner Selbstwidersprüche zeigte. Dadurch konnte das technologische Krisennarrativ die *veraltete Rationalität der Moderne* kritisieren. Je nach Ausgangspunkt rückten in den Interventionen unterschiedliche Folgen der »veralteten Rationalität« ins Zentrum: In sozialer Hinsicht wurde die *Unterdrückung der Subjekte* thematisiert (Foucault, Crozier), zeitlich rückte die *Desynchronisierung der Systeme* in den Blick (Luhmann) und sachlich wurde die *mangelnde Offenheit, Kreativität und Problemlösungsfähigkeit* kritisiert (Foucault, Luhmann, Crozier, Rittel/Webber). Daher, so die allgemeine Schlussfolgerung, müsse man eine Konstruktionslogik grundsätzlich in Zweifel ziehen, die Politik und Gesellschaft gegenüberstellt, die die Repräsentation der Gesamtgesellschaft verspricht und damit hierarchische Ordnungsmuster legitimiert – das technologische Krisennarrativ der 1970er Jahre zielte auf die Souveränitätskonzeption der Nachkriegszeit.

Das politische Netzwerk-Denken setzte daher auf eine *Neubestimmung des Verhältnisses von Regieren, Politik und Gesellschaft*. Indem die Gesellschaft in den Begriffen eines ausdifferenzierten Netzwerkes beschrieben wurde, büßte die Politik ihre Stellung als »Steuerungszentrum« (mechanistischer Strang) oder »Kopf der Gesellschaft« (organischer Strang) ein. *Erstens* wird das klassische Institutionensystem »Politik« im Verhältnis zur Gesellschaft de-hierarchisiert und im Netzwerk der Ge-

sellschaft dann auch noch de-zentriert. Zugleich werden Politik und Staat – *zweites* – nicht länger als Einheit aufgefasst, sondern in eine Vielfalt interdependenter Prozesse disaggregiert. Im Gegenzug zur Abwertung politischer Steuerung wird – *drittens* – der Begriff ›Regieren‹ von seiner Kopplung an Staat und Politik gelöst und entgrenzt: ›Regieren‹ findet nun *überall* in der Gesellschaft statt. In den Verästelungen des Netzwerks vollzieht sich ständig eine soziale Selbstregulierung, die eigene Codes und eigene Technologien (oder Medien) anwendet.

Für die Neubestimmung von ›Politik‹ lassen sich im technologischen Regierungsdenken dann zwei Varianten ausmachen: Für die eine steht exemplarisch Niklas Luhmann. Er entwarf Politik als ein Subsystem, das selbst in Subsysteme aufgeteilt ist. Die zweite Variante nutzt den Begriff ›Politik‹ hingegen für Auseinandersetzungen um die Regulationsmechanismen in den dezentralen Verästelungen des Netzwerkes, was eher dem Foucault'schen Ansatz entspricht.¹⁸ So unterschiedlich die beiden Herangehensweisen im Detail ausfallen: Beide gehen von einer Welt aus, in der es keine gesamtgesellschaftliche Steuerung mehr gibt. Dort, wo eine solche zentralistische Steuerung versucht wird, wird sie zur Gefahr für die Selbstregulation von Systemen und Individuen.

Der neue Regierungsbegriff ist dabei von der quasi-ontologischen Prämisse der Kybernetik getragen, nach der es kein System ohne Regulation gibt. Damit wird eine Position eingenommen, mit der die klassischen Theorien von Herrschaft und Herrschaftsfreiheit abgelehnt werden. Deren Unterscheidung von Herrschaft und Freiheit gehe an der Realität von Regulation vorbei: Modelle wie Befehl und Gehorsam, Herr und Knecht, Subjekt und Objekt unterschätzen demnach nicht nur die Komplexität der meisten Abhängigkeitsverhältnisse, sie übersehen auch, dass in allen sozialen Interaktionen gegenseitig aufeinander Einfluss genommen wird. Regieren müsse daher mithilfe eines *Netzes von Relationen* beschrieben werden, das durch *Interaktions- oder Kommunikationsakte* aufrechterhalten wird, in denen sich die Seiten stets gegenseitig beeinflussen. Weil die einzelnen Beziehungen immer in einen systemischen Zusammenhang eingebettet sind, lässt sich Regieren nur als *ein reflexiver, zirkulärer Prozess* beschreiben – als eine ›Führung der Führungen‹, wie Foucault treffend formulierte. Die Zirkularität führt dazu, dass Subjekt und Objekt von Regulation nicht mehr unterschieden werden können. Vorgesetzte, wie es bei

18 Die beiden Perspektiven sind zu einem gewissen Grad spiegelbildlich angelegt: Denn die Systemtheorie bezieht das Politische *definitorisch* auf das ausdifferenzierte Teilsystem Politik, während sie alle anderen Regelungsvorgänge mit Begriffen wie Codierung und Selbstorganisation belegt. Andere Adaptionen des technologischen Denkens wie etwa die von Michel Foucault *nennen* gerade diese Selbstorganisation in den verschiedenen Feldern politisch, weil sie kollektive Verbindlichkeiten festlegt, die prinzipiell veränderlich sind. Dadurch entsteht eine gewisse Komplementarität: Während die eine Seite größere Probleme hat, die klassische, institutionelle Seite der Politik zu erfassen, kann die andere nicht recht die Politizität auf anderen Ebenen als der des ›politischen Systems‹ erfassen.

Luhmann heißt, werden von ihren Mitarbeitenden ebenso reguliert wie diese von ihren Vorgesetzten.

Besonders deutlich wird diese Rekonfiguration daher auch an den neuen, systemischen Machttheorien, die hier ausführlich am Beispiel von Luhmann und Foucault dargestellt wurden. Wenn im Paradigma der Souveränität die Machtfrage gestellt wurde, dann zielte sie stets auf eine *Besitztheorie* oder auf eine *Legitimationstheorie* der Macht. Wie auch die Dokumente aus dem ersten Kapitel der Arbeit nachgewiesen haben, fragten sie nach dem Inhaber und dem Inhalt von Macht. Demgegenüber fokussieren die technologischen Theorien auf die Operationsweise von Macht. Dazu werden soziale Beziehungen als zweiseitige Bedingungsverhältnisse modelliert: A und B verfügen über eine Vielzahl von Alternativen, aus denen sie auswählen müssen. Durch diese je autonome Selbst-Organisation üben sie gleichzeitig Macht aufeinander aus. Macht ist daher eine *nicht-kausale, mehrseitige Machtbeziehung*, die eine gewisse Freiheit auf jeder Seite voraussetzt. Der Aufstieg dieser systemischen Machtmodelle ist eine der erkennbarsten ideengeschichtlichen Folgen des Strukturwandels.

Dabei liegt der enorme *analytische Mehrwert dieser Neubestimmung des Regierens* auf der Hand. Sie erlaubt, Machtverhältnisse auch jenseits der politischen Institutionen zu thematisieren und zudem unterschiedliche Formen der Machtbeziehungen auszumachen. Zugleich befreit sie die Analyse von anthropologischen oder moralischen Vorannahmen über das ›Wesen‹ der Akteure. Stattdessen verlangt sie, die Reproduktionsprozesse empirisch nachzuweisen und ihre Existenz ausgehend von der Unwahrscheinlichkeit und Kontingenz ihrer Entstehung zu erklären. Dadurch eröffnete sie eine ganz neue Breite an Forschungsfragen, wie der Erfolg von Governance- und Gouvernementalitätsstudien demonstriert.

Konzeptionell liegt außerdem ein großer Gewinn dieser Perspektive darin, *den Begriff der Autonomie* so neu gefasst zu haben, dass er nicht weiter im Widerspruch zu Abhängigkeiten steht. Das ewige Dilemma der Souveränitätstheorie, in ihrer eigenen Ontologie Bindung an ›soveräne‹ Vorgaben und ›soveräne‹ Bindungslosigkeit zugleich erfassen zu müssen, wird im Netzwerk-Modell aufgelöst. Autonomie kann dann gerade mit dem Überschuss der Verbindungen und der Selektionsnotwendigkeit begründet werden. Selektion bedeutet dann wiederum, zwangsläufig eine bestimmte Art der Formung und Regulation auszuwählen. Dabei ist die besondere Leistung von Luhmann, diese Selbstregulation für die gesellschaftlichen Teilsysteme ausbuchstabiert zu haben, während Foucault den Führungsbegriff auf das einzelne Individuum bezog und so die politische Qualität der Selbstverhältnisse herausgearbeitet hat.

Die Neubestimmung des Verhältnisses von Politik, Gesellschaft und Regieren bringt jedoch auch erhebliche *demokratie- und politiktheoretische Herausforderungen* mit sich, die sich aus den normativen Implikationen dieser Selbstinterpretation ergeben. Wie im Laufe der Untersuchung immer wieder gezeigt wurde, speist sich

die Kritik an den Steuerungstheorien der Moderne stets auch aus den persönlichen Erfahrungen mit einer »politischen Gesellschaft« oder den Zumutungen marxistischer wie bürgerlicher Souveränitätsmodelle. Bereits die Kybernetik und der Strukturalismus waren Versuche, die Denkpfade zu verlassen, die in ihren Augen den Totalitarismus möglich gemacht hatten. Jenseits dieser intentionalen Stoßrichtung der neuen Begriffe hat die Umstellung aber zwangsläufig auch normative *Effekte*, weil sie das sozialtheoretische Fundament der Demokratietheorie unterläuft – vor allem dann, wenn die Demokratietheorie eine Souveränitätstheorie ist.

Besonders deutlich wird dies an der *Ablehnung von Repräsentation*. In den Augen der radikalen technologischen Ansätze, wie sie Foucault und Luhmann vertraten, beruht Repräsentation auf der Vorstellung, dass die sozialen Beziehungen entweder normativ oder organisatorisch eine integrierte (oder integrierbare) Einheit bilden. Genau gegen diese Konzeption stellt sich aber die Differenztheorie: Aufgrund der Diversität und Komplexität der Welt sei es prinzipiell unmöglich, die Gesellschaft als einheitliches Ganzes zu repräsentieren, und zwar »[w]eder in der Form von ›Herrschaft‹ noch in der Form von ›Kultur‹ oder ›Werten‹«. ¹⁹ Es ist daher folgerichtig, dass die technologischen Ansätze konzeptionell und politisch in Konflikt mit den beiden Dimensionen der Repräsentationsidee geraten, die ich im ersten Teil anhand der Souveränitätstheorie rekonstruiert habe.

Die *Präferenz für Differenzen und Diversität* unterläuft zunächst den teleologischen Repräsentationsanspruch, der sich auf ein höheres Gemeinwohl und ein allgemeines Entwicklungsziel beruft. Diese höhere Ebene läuft dem Denken in Systemen und Netzwerken zuwider: Sie weisen eine verbindliche Moral und damit zusammenhängende Lebensweisen zurück. Aus diesem Grund polemisieren Luhmann und Foucault immer wieder gegen die universellen Intellektuellen, die dialektische Vernunft und die moralische Dogmatik von Konservativen und Neomarxist:innen. Denn sie suggerieren, dass es eine höhere moralische Ordnung gebe, an die man sich dialektisch annähere. Das Netzwerk-Denken lehnte aber substantiell die Vorstellungen eines Gemeinwohls und prozedural die dialektische Vernunft ab. Interessanterweise bemerkten auch Boltanski und Chiapello diese Ablehnung moralischer Standards. ²⁰ An ihre Stelle tritt gewissermaßen die *usability*. Das Netzwerk-Denken verabschiedet die starke Gemeinwohlorientierung der Souveränitätstheorie, die im ersten Kapitel deutlich auffiel: Weder das Gerechte noch das Gute, sondern das *situativ und subjektiv Brauchbare* zählt.

Die Einsicht in die Singularität und Komplexität konterkariert zudem den organisatorischen Repräsentationsanspruch der Souveränitätstheorie. Man hat stets nur seine partielle Perspektive, die an einem Punkt im Netzwerk sitzt. Die Differenztheorien wenden sich daher grundsätzlich dagegen, dass ein gesellschaftliches

19 Luhmann: *Die Politik der Gesellschaft*, S. 221.

20 Vgl. etwa Boltanski/Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*, S. 151.

Ganzes hergestellt (Integration) und dargestellt (Repräsentation) werden könnte. Demokratietheoretisch trifft diese Kritik vor allem die politischen Parteien, die als Willensbildungs- und Integrationsinstanzen im Souveränitätsdenken fungierten.

Besonders scharf fällt die Parteienkritik bei Foucault aus. Er distanzierte sich grundsätzlich von ihnen, weil sie für die alten Organisationsformen und Konformitätsnormen der Moderne stehen würden und man in ihnen stets gezwungen sei, Positionen einzunehmen, die gar nicht die eigenen seien. Gleichzeitig wandte sich Foucaults Kritik aber auch an die Vorfeldorganisationen dieser Parteien wie etwa Gewerkschaften. Sein eigenes Engagement in der *Groupe d'Information sur les Prisons* schuf eine netzwerkartige Organisationsform, in der die einzelnen Aktionseinheiten lokale und autonome Knotenpunkte sind. Der größere Effekt würde sich nicht durch die einheitliche, hierarchische Struktur einer übergeordneten Organisationsebene, sondern durch die Vielzahl der Kritiken ergeben. Nicht nur der institutionalisierte Politikbetrieb, sondern auch die ›alten‹ Institutionen der Sozialkritik werden so infrage gestellt.²¹

Auf den ersten Blick scheint Luhmanns Kritik an den Parteien zurückhaltender, weil er sie nicht prinzipiell ablehnte. Doch bei genauerem Hinsehen fällt die Radikalität von Luhmanns Kritik auf: Denn er bezweifelte grundsätzlich die Sensibilität politischer Parteien. Daher verabschiedete er die ›progressiven‹ und ›konservativen‹ Parteien, die für ihn den gleichen, veralteten politischen Code vertraten. Diese Sichtweise teilte er mit Foucault ebenso wie die Diagnose, diese politischen Richtungen stünden den Herausforderungen der 1970er Jahre völlig ideenlos gegenüber. Gegen die moderne Prinzipientreue empfahl Luhmann einen politischen Opportunismus. Für ihn war Opportunismus nur ein ›altes‹ Wort für eine normativ befürwortete Eigenschaft, nämlich die kognitive Offenheit für Alternativen und Lernprozesse. Diese kognitive Offenheit und Flexibilität werde aber durch Hierarchien und durch Normbindung blockiert.

Das technologische Regierungsdenken zielt damit allgemein formuliert auf die Loslösung von den Zwängen, die durch die Organisationsformen der Moderne generiert werden, fordert aber zugleich die Grundlagen der repräsentativen Demokratie heraus. In subjekttheoretischer Hinsicht führt die Figur des Spielers zur Verhaltensempfehlung in der Politik. Einerseits passt opportunistisches Verhalten zur Echtzeitgesellschaft, zur Befürwortung von Diversität und zu dem (immer noch modernen) Streben nach Autonomie und Wahlmöglichkeiten. Andererseits erfordert dies auch flexiblere Organisationsformate, in denen die Organisationspraxis

21 Auch Boltanski und Chiapello wiesen darauf hin, dass sich die Netz-Metaphorik in alternativen Arbeiterbewegungen verbreitete. Dadurch kommt es auch zu der paradoxen Situation, dass sich die Kritik der Arbeitgeber und der Management-Diskurs selbst auf die Netzstruktur beziehen (vgl. Boltanski/Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*, S. 417, 560f.). Dieses Ergebnis kann hier unterstrichen werden.

variabel und experimentell sein soll. Diese *Experimentier- und Innovationsfähigkeit* ist das normative Markenzeichen des technologischen Regierungsdenkens, das sowohl auf die Selbstführung einzelner Subjekte als auch auf die Selbstorganisation von Systemen, sowohl auf die sozialen Praktiken als auch auf die sachlichen Ideen angewandt wird.

Offenheit wird dabei zu einer Leitidee. Denn Innovations- und Experimentierfähigkeit hängt davon ab, dass Informationen frei flottieren können. Es müsse ein Rauschen des Wissens geben, ohne dass dieses Wissen vorab moralisch oder rationalistisch bewertet werde.²² Die Offenheit der Informationen ist das Gegenstück zur kognitiven und praktischen Offenheit. Die Forderungen nach einem ›offenen Zugang‹ zu Informationen, wie sie am Beginn des 21. Jahrhunderts oft zu hören sind, haben daher eine ihrer Wurzeln im technologischen Regierungsdenken. Eine andere Wurzel liegt allerdings in der neoliberalen Vorstellung, dass Informationsvollständigkeit eine neutrale, rationale Wahl des bestmöglichen Weges erreichen würde. Im Gegensatz dazu geht das technologische Regierungsdenken aber davon aus, dass mit Mehr-Wissen immer Nicht-Wissen einhergeht, und zwar nicht nur, weil man neue unbekannte Wissensgebiete entdecke, sondern weil es sich stets nur um ein bestimmtes, perspektivisches Wissen handele, das an eine prinzipiell kontingente Funktionslogik (Luhmann) oder Epistemologie (Foucault) gebunden ist. In sachlicher Hinsicht seien daher alle Probleme *wicked problems*, deren Beschreibung stets schon die Problemlösung vorzeichnet. Mehr Wissen kann daher nie zum *one best way*, sondern nur zu neuen möglichen Wegen führen, die sich gestalten, designen und ausprobieren lassen. Die Offenheit für das Experiment geht daher mit Risikoakzeptanz einher, die sich zu Risikoaffinität steigern kann.²³

Die *Umstellung des politischen Denkens auf Differenz* problematisiert auf diese Weise die gängigen Bewertungskriterien des Regierens, nämlich Legitimität und Effizienz; es legt das wohlfahrtsstaatliche Ziel sozialer Sicherheit ab; und es kritisiert die Träger dieses formal und inhaltlich ›modernen‹ Politikverständnisses, also die Parteien und den Staat. Das technologische Differenzdenken weist moralische und organisatorische Repräsentationsansprüche ebenso zurück wie die einfache Zweck-Mittel-Rationalität, die ihren klarsten Ausdruck in ökonomischen Kalkulationen findet. Organisatorisch werden demgegenüber nicht-hierarchische, nicht-

22 Auch soziale Netzwerke wie Facebook und YouTube funktionieren in gewissen Bereichen nach diesem Muster: Das primäre Ziel ist die Verteilung von Informationen. Dabei zählt nicht ihr moralischer Status (etwa ob sie *fake news* sind), sondern die *Aktivität und Lust*, die sie erzielen. Dieses ›engagement‹ wird u.a. in Shares, Likes und Kommentaren gemessen (vgl. Lischka/Stöcker: *Digitale Öffentlichkeit*, S. 18-27).

23 In ökonomischer Hinsicht bestehen hier Anschlusspunkte für Risikokapital und eine Start-up-Kultur.

repräsentative und dafür hochgradig flexible Formen gesucht, die zu einem Zeitpunkt eine Vielzahl unterschiedlicher Rationalitäten einbinden können und über die Zeit durch permanente Selbstkritik zu Innovationen und Veränderungen fähig sind. Nachdem das Gute und Gerechte – ob es dogmatisch oder ökonomisch bestimmt wurde – argumentativ verabschiedet war, werden im Netzwerk-Denken die situative Praktikabilität und Kreativität zu einem Maßstab von Entscheidungen.

Praxisfelder des Regierens: Ökologie, diversity, network governance

Mit dieser Ausrichtung des Regierungsdenkens auf Differenz, mit der Situativität (zeitlich), Flexibilität (sozial) und Innovationen (sachlich) normativ hervorgehoben werden, treten auch neue Praxis- und Themenfelder des Regierens in den Vordergrund. Niklas Luhmann stand dabei exemplarisch für eine breite Strömung innerhalb des technologischen Regierungsdenkens, die die Ökologie als zentrales Problem benannte. Neben Luhmann wäre dabei insbesondere der Ansatz der *system dynamics* um Jay W. Forrester zu nennen, auf der auch die berühmten Berichte des Club of Rome beruhen.²⁴ In Deutschland hat Frederick Vester bereits in den 1980er Jahren versucht, diesen Ansatz auch auf städtische Planungsprozesse zu übertragen, während er eine breitere Öffentlichkeit zugleich mit dem Brettspiel *Ökopolopoly* für die Interdependenzen sensibilisieren wollte.²⁵

Die Unterscheidung von System und Umwelt und die Betonung fortwährender Rückwirkungen (Feedback/Zirkulation) prädestinierte das technologische Regierungsdenken dafür, Ökologie auch als politisches *Thema* zu entdecken. Dabei konnte Ökologie in zwei unterschiedlichen Weisen relevant werden: Sie stand einerseits für die innergesellschaftliche Ökologie der Teilsysteme, andererseits aber auch für die »natürliche« Umwelt des Gesellschaftssystems. Damit bot das technologische Regierungsdenken in den 1970er und 1980er Jahre paradoxerweise besonders attraktive Anschlusspunkte für »Konservative«, die ein restriktives, inkrementelles Politikverständnis vertraten, das beständig auf die Grenzen politischer Steuerung hinweist, und für die grünen Alternativbewegungen, die sich von der Normalgesellschaft abgrenzten.

Die Betonung von Differenzen wiederum dürfte einen wichtigen Anteil daran haben, dass *diversity politics* und *diversity management* eine prominente Stellung in

24 Vgl. zum Durchbruch der »Ökologie« auch Bühler: *Ecocriticism*, S. 17–22.

25 Vester hat zahlreiche Publikationen dazu vorgelegt. Einen guten Überblick bietet Vester: *Die Kunst vernetzt zu denken*. Das Brettspiel erschien bei Ravensburger; in der PC-Variante *ecopolicy* bildet das Spiel heute die Grundlage für einen bundesweiten Schülerwettbewerb, die *Ecopolicyade*. Vgl. dazu ausführlich Kuchenbuch: »Ökopolopoly«.

politischen Debatten seit den 1970er Jahren zukommt. Auch hier zeigen die unterschiedlichen Rezeptionen des kybernetischen Differenzdenkens, die im Laufe der Studie untersucht wurden, dass die Einsicht in die Produktivität von Differenz sowohl in den alternativen sozialen Bewegungen als auch in Organisations- bzw. Managementansätzen durch die Übernahme kybernetischer Figuren eingebaut werden konnte; vor allem über die Lebensläufe der Counterculture-Generation kann beides sogar miteinander verbunden werden.

Die Betonung von *Diversity* schlägt sich infolgedessen auch in *policy*-Vorschlägen nieder.²⁶ In Deutschland gehört hierzu zum Beispiel die Initiative *Orte der Vielfalt*, mit der Städte und Gemeinden bei der Implementierung von diversitätsfördernden und -erhaltenden Maßnahmen unterstützt werden. Diversität wird hier aktiv als Wertungsmaßstab guter Politik herausgehoben. Ähnliche *policy*-Konzepte finden sich auch in anderen europäischen Staaten, etwa in Großbritannien. Dort wurden zum Beispiel für den öffentlichen Dienst (*civil service*) ein *Diversity Practitioners Network* (!) und ein *Diversity Champions Network* geschaffen, das *best practice*-Ansätze für Diversität ventiliert. Auch im privaten Management von Unternehmen gibt es entsprechende Ansätze. So haben zahlreiche EU-Länder, darunter auch Deutschland und Frankreich, eine *Charta for Diversity*, in der sich Unternehmen selbst verpflichten. Dabei steht freilich außer Frage, dass im Laufe der Diffusion und Implementation von *diversity*-Konzepten Modulationen der Ideen stattfinden, weil sie auf andere Einflüsse treffen, in verschiedene Richtungen übersetzt und letztlich in Praktiken übertragen werden müssen. Diese Prozesse könnten Anlass zu Detailstudien geben.²⁷

26 Zu allen folgenden Beispielen vgl. Vertovec: »Diversity« and the Social Imaginary«; zum Erfolg von *diversity politics* vgl. auch Reckwitz: *Die Gesellschaft der Singularitäten*, S. 383-393. Seltsamerweise ist die Relevanz des kybernetischen Denkens für die Ventilierung von *diversity*-Ansätzen bisher kaum thematisiert worden. In der Literatur findet sich üblicherweise der Hinweis auf die amerikanische Bürgerrechtsbewegung und auf die später auftauchende Managementperspektive, die wiederum für die Ökonomisierung von (vermeintlicher) Diversität kritisch betrachtet wird. Dabei scheint mir die Verbindung von kybernetisch inspirierten Differenztheorien zu (a) Counterculture und dem differenzaffinen Silicon Valley und (b) zu den *network governance*-Ansätzen einschlägig. Damit soll, um Missverständnisse zu vermeiden, keineswegs gesagt werden, dass es sich hier um den einzigen oder den einflussreichsten Entstehungsweg von *diversity politics* handelte; vielmehr will ich anregen, dass weitere Forschung auf dem Gebiet auch hier ansetzen könnte.

27 Die Ergebnisse solcher Studien können ernüchternd sein. So hat Mark Bevir gezeigt, dass es bei administrativen Reformen des Polizeisektors in Großbritannien vorkam, dass die lokalen Akteure die neuen *community policing*-Ansätze begrüßten, weil sie sie ohnehin seit jeher so praktizierten. Dies hatte freilich den Effekt, dass sich nichts an der Praxis änderte: Die Umsetzung der Reform ist hier auf Widerstand gestoßen, ohne auf Widerstand zu stoßen. Vgl. Bevir: *Democratic Governance*, S. 241f.

Dass Diversität ein zentrales Anliegen des staatlichen Regierens im 21. Jahrhundert sein muss, fordern folgerichtig auch *network governance*-Ansätze ein: »The neglect of diversity as a special and important characteristic of social-political systems is probably at the root of many governance and governability problems.«²⁸ Die politischen *network governance*-Ansätze diskutieren insbesondere die veränderten Praktiken des Staates im technologischen Regierungsdenken. In der Studie ist deutlich geworden, dass der Staat in den 1970er Jahren von den unterschiedlichsten Seiten kritisiert und angegriffen wurde. Keines der vier Krisennarrative hat allerdings den Staat verabschiedet – auch nicht das neoliberale und das technologische Regierungsdenken, die sich gegen die in ihrer Sicht mangelnde oder veraltete Regierungsrationalität des souveränen Staates stellten. Der technologische Strang ging zunächst auf Distanz zur Kategorie des Staates, weil dieser in den Souveränitätstheorien der Nachkriegszeit ein Repräsentant des Allgemeinen war – und genau diese Repräsentationsidee kritisierte ja das Netzwerk-Denken. Die technologische Abgrenzung zeigt sich dabei darin, dass ›der‹ Staat bei Luhmann und Foucault anfangs systematisch de-thematisiert wurde, entweder indem der Begriff durch den des politischen Systems weitgehend verdrängt wurde, oder indem ganz gezielt nicht ›der‹ Staat, sondern die Vielzahl dezentraler Machtmechanismen in den Blick genommen wurde.

Wie in den anderen Krisennarrativen stand außerdem die Überdehnung des Staates im Zentrum und die technologischen Interventionen forderten vielfach, die staatlichen Eingriffe in die Selbstregulation der Systeme und Individuen deutlich zurückzufahren. Erneut können die beiden untersuchten Fälle als Beispiele dafür dienen: Während etwa Luhmann eine solche Neuausrichtung der wohlfahrtsstaatlichen *policy* mit dem Begriff des ›restriktiven Politikverständnisses‹ verteidigte, sah auch Foucault im alten Politikverständnis »eine Ordnung von Werten«, in der »eine unendliche Nachfrage mit einem endlichen System« konfrontiert ist, und argumentierte für die Eigenverantwortung der Einzelnen.²⁹

Diese doppelte Distanz zum Staat war jedoch kein prinzipieller Einwand gegen Staatstätigkeiten. Gedrängt von den immer lauter werdenden Debatten um die Krise des Staates und die Unregierbarkeit der Gesellschaft, entwickelten auch Luhmann und Foucault je ein eigenständiges Verständnis, für das sie die kybernetisch-technologische Terminologie benutzten. Foucault trennte dabei die imaginäre Einheit ›des‹ Staates in einen beweglichen, veränderlichen Effekt unterschiedlicher Regierungsrationalitäten und -technologien auf. Zugleich verteidigte er immer stärker eine neue ›nicht-disziplinarische‹ Form des Rechts, mit der das Recht zur Ermöglichung individueller und gesellschaftlicher Experimente beitragen konnte. Luhmann wählte hingegen einen anderen Weg. Er stellte einerseits den ›Staat‹ als

28 Kooiman: »Governance and Governability«, S. 41.

29 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 325, S. 457.

ein Artefakt gesellschaftlicher Kommunikation und darin eingeschlossener Erwartungen dar; andererseits nahm er den Staat als Organisation in den Blick, und schließlich ließ er ihn als einen Schutzgarant der Netzwerk-Gesellschaft auftreten, der seiner Kommunikation durch den Verweis auf das Gewaltpotenzial Nachdruck verleihen könne.

In den *network governance*-Ansätzen wird dieses noch recht vage Profil, wie man die Rolle des Staates vor dem Hintergrund einer technologischen Weltsicht konzipieren könnte, im Laufe der 1990er und 2000er Jahre zu einem administrativen Programm konkretisiert, auch wenn es freilich unterschiedliche Akzentsetzungen in der *network governance*-Debatte gibt. Grundlegend für die politiktheoretischen Entwürfe des *network governance* ist dabei die bekannte gesellschaftstheoretische Perspektive: Demnach gebe es kein Zentrum der Gesellschaft (*centreless society*) und auch ›der‹ Staat bzw. ›die‹ Politik werden als ein in sich ausdifferenzierter Bereich interpretiert, in dem unterschiedliche Rationalitäten und Institutionen miteinander interagieren (*differentiated polity*).³⁰ Diese Sichtweise richtet sich nach wie vor unmittelbar gegen das souveränitätstheoretische Modell des Regierens: »But since a constitutive feature of governance networks is self-regulation, it is not possible to regulate governance networks by means of traditional sovereign forms of detailed, hierarchical and bureaucratic regulation. *Sovereign forms of regulation would inevitably undermine the self-regulating capacity of the networks.*«³¹

Damit wird das ›Standardnarrativ‹ des technologischen Regierungsdenkens wieder aufgerufen. Ein paradigmatisches Beispiel die Ausgestaltung des technologischen Narrativs im *network governance* ist dann Jan Kooiman: Für ihn hat die Welt eine »complex, dynamic and diverse nature«, die »new forms of governing and governance« erfordert.³² Um diese neuen Governance-Formen zu entwerfen, berief er sich explizit auf kybernetische Konzepte – von Warren Weaver und Todd La Porte über Ilyai Prigogine bis hin zu Niklas Luhmann. Im Einklang damit wird auch hier die Idee des *one best way* zurückgewiesen.³³ Der *network governance*-Ansatz verstehe sich als eine »revolution against simplicity« und betone die »change aspects of interactions«, also die Notwendigkeit einer permanenten Dynamik.³⁴ Insgesamt wird aus der ›Natur‹ der komplexen, diversen und dynamischen Gesellschaft direkt auf die Anforderungen des Regierens geschlossen: »governing and governance itself should be dynamic, complex and varied.«³⁵

30 Siehe z.B. Rhodes: *Understanding Governance*, S. 3.

31 Sørensen/Torfig: »Theoretical Approaches to Metagovernance«, S. 169 (Hervorhebung hinzugefügt).

32 Kooiman: »Governance and Governability«, S. 35; zum Folgenden etwa Kooiman: *Governing as Governance*, S. 197-202.

33 Kooiman: »Governance and Governability«, S. 39.

34 Kooiman: »Governance and Governability«, S. 41.

35 Kooiman: »Governance and Governability«, S. 36.

Dieses Regierungskonzept zeichnet sich dann durch drei wichtige Aspekte aus: *Erstens* wird explizit ein Fokus auf eine Politik der Dynamik und Diversität gelegt. Dahinter steht einerseits die bekannte Idee, dass mehr Variation auch eher zu einem sachlich tragfähigen und sozial akzeptierten Umgang mit einem komplexen Problem führt;³⁶ andererseits wird zugleich anerkannt, dass die Diversität der Identitäten in der Gesellschaft einen ausgeprägten Raum der Selbstregulation brauchen (*self governance*).³⁷ *Zweitens* findet deshalb der Staat auch hier eine klare Grenze in den nicht überschaubaren und nicht steuerbaren Dynamiken der Gesellschaften.³⁸ Das hierarchische Planungs- und Steuerungsdenken der Nachkriegszeit wird deutlich zurückgetrimmt. Staatliche Politik sollte zunächst darauf hinauslaufen, »to disperse macro responsibilities to social actors«.³⁹ Dennoch soll der Staat *drittens* eine eigene Rolle erhalten, indem er die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse der diversen Organisationen und Gruppierungen anregt und unterstützt. Er trage die Verantwortung »for organizing social-political interactions which enables social-political systems to organize themselves.«⁴⁰

Damit wird das »nachhaltige« *Design* vielfältiger *co-arrangements* zur Aufgabe von Regierungen. In der Literatur hat sich für diese neue Praxis des Regierens der Begriff des *network management* (Walter Kickert, Rod Rhodes) oder des *metagovernance* (Jan Kooiman, Bob Jessop) durchgesetzt.⁴¹ Diese Governance-Praxis betrifft zunächst das Design der Netzwerke. Die öffentlichen Akteure sollen die Zusammensetzung und das Setting der Netzwerke so entwerfen, dass eine aktive und kooperative Situation entsteht, in der die sogenannten *stakeholder* ihre Ressourcen zusammenführen können.

Neben dem Design des Netzwerks gehört zum *metagovernance* aber auch, die selbstregulativen Aushandlungsprozesse durchgehend zu begleiten. Die öffentlichen Instanzen sind zum Beispiel für die Sinnstiftung und Aktivierung der Beteiligten und für die Mediation von Konflikten zuständig.⁴² Gleichzeitig sollen sie auch ein Auge auf die Innovationsfähigkeit im Netzwerk haben. Da selbstregulative Prozesse zu einem »dynamic conservatism« neigen könnten, müsste in diesem Fall neue beziehungsweise mehr Varianz eingeführt werden, um neue »Kreativi-

36 Kooiman: »Governance and Governability«, S. 40f.

37 Kooiman: *Governing as Governance*, S. 194f.

38 Kooiman: *Governing as Governance*, S. 205f. Wie Luhmann lehnt Kooiman Hierarchien nicht prinzipiell ab, reduziert jedoch ihren Anwendungsbereich stark, weil sie nur mäßig mit der Diversität und fast gar nicht mit der Dynamik der Gesellschaft mithalten könnten.

39 Kooiman: »Findings, Speculations and Recommendations«, S. 261.

40 Kooiman: »Findings, Speculations and Recommendations«, S. 260f.

41 Zusammenfassend Sørensen/Torring: »Theoretical Approaches to Metagovernance«, S. 169.

42 Dazu ausführlich mit weiteren Aufgaben Klijn/Edelenbos: »Meta-governance as Network Management«; Sørensen/Torring: »Theoretical Approaches to Metagovernance«.

tät« zu generieren.⁴³ Der Staat ist somit gewissermaßen für das *change management* zuständig, das aus der zugehörigen Organisations- und Unternehmensberatung bekannt ist.

In einer typischen Formulierung zusammengefasst, geht es bei *metagovernance* also darum, die »rules of the game« und die »games within networks« zu gestalten.⁴⁴ Dabei können öffentliche Institutionen selbst in den Netzwerken aktiv sein, treten dann aber eben als »Spieler« im Netzwerk auf.⁴⁵ Hinter den Design- und Spielmetaphern wird so das tiefere *Selbstverständnis des Staates* für die Regierungspraxis deutlich: In einer komplexen vernetzten Welt nehmen Regierungen und Verwaltungen die Rolle eines »facilitator« ein. Weil sie keine direkte Kontrolle ausüben können (oder sollen), sollen sie eine reflexive Führung der Interaktionen leisten. Der Staat versteht sich als Unterstützer und Schützer der Selbstregulation.⁴⁶

Daraus folgt sogleich ein spezifisches *Anspruchsprofil an die Subjekte*: Die Angestellten des öffentlichen Dienstes sollen nicht mehr hierarchischen Ordnungsmustern folgen, sondern auf Kreativität und Aktivität verpflichtet werden: »the traditional ideal typical image of public administrators as rule-following bureaucrats should be exchanged with an image of them as creative, pragmatic, and engaged process facilitators and network participants.«⁴⁷

43 Kooiman: »Findings, Speculations and Recommendations«, S. 261; einschließlich des expliziten Zusammenhangs von Varianz und Kreativität siehe Klijn/Edelenbos: »Meta-governance as Network Management«, S. 204.

44 Derartige Formeln sind ubiquitär. Siehe etwa Klijn/Edelenbos: »Meta-governance as Network Management«; Sørensen/Torring: »Theoretical Approaches to Metagovernance«; Kooiman: »Findings, Speculations and Recommendations«, S. 258f.; Rhodes: *Understanding Governance*.

45 Siehe Sørensen/Torring: »Theoretical Approaches to Metagovernance«, S. 170. Dies wird *hands-on metagovernance* genannt.

46 Klijn/Edelenbos: »Meta-governance as Network Management«, S. 199: »As networks are made up of many actors with different resources and are characterized by complex interaction processes, they cannot be easily controlled; this is why we prefer the word »guidance« or »facilitation.«

47 Sørensen/Torring: »Theoretical Approaches to Metagovernance«, S. 171. Hier wird dies als Eigenschaft von sogenannten *interdependency theorists* des Metagovernance eingeordnet. Allerdings ist die dortige Unterteilung der Ansätze nicht überzeugend, weil widersprüchlich. Zum Beispiel stellen Sørensen und Torring die Interdependenztheorien als Vertreter von *hands-on metagovernance* mit deskriptiver Ausrichtung vor. Im Teil über Interdependenztheorien wird dann aber ausdrücklich gesagt, dass nach ihnen der öffentliche Dienst in eine bestimmte Richtung entwickelt werden *soll* und sie sowohl *hands-off*- als auch *hands-on*-Strategien thematisieren. Darüber hinaus lässt sich auch stark bezweifeln, dass Scharpf und Mayntz zusammen mit Kooiman eine Gruppe der »Regierbarkeitstheoretiker« bilden. Zum einen konzentrierte sich Scharpf auf Rational-Choice-Modellierungen, zum anderen grenzte Mayntz ihren Ansatz immer wieder explizit von Governance-Theorien ab (Mayntz: »Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie?«).

Wie in den anderen Fällen technologischen Regierungsdenkens bedeutet diese Abkehr von teleologischen Regierungsverständnissen auch hier eine Abkehr von Konzeptionen des Gemeinwohls und des Allgemeinen. *Network governance* ist damit eine weitere Variation des technologischen Regierungsdenkens, bei der sich die historische Entstehung und die systematischen Elemente im Hinblick auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten mit anderen Varianten im Detail untersuchen ließen. Bereits bei oberflächlicher Betrachtung fällt natürlich auf, dass die verwaltungswissenschaftliche Einbindung zu einem stärkeren Fokus auf die Effizienz des Regierens führt. Es handelt sich gewissermaßen um das verwaltungstechnische Gegenstück zu Foucaults kritischer Konzeption einer Führung der Führungen.⁴⁸

Der neuerliche Fokus auf Regierungseffizienz unterstreicht, dass bei der Übersetzung des *radikalen* kybernetischen Denkens in praxisnähere Zusammenhänge Konflikte und Verkürzungen entstehen, wie sie auch bei Foucault und Luhmann aufgefallen waren. Dennoch sieht man auch an diesem Beispiel, dass der Netzwerk-Ansatz keine einfache Fortschreibung und auch keine Abkehr, sondern eine Revision der Moderne bedeutet. Es wird weiterhin nach einer Steigerung der Möglichkeiten gesucht. Das Netzwerk-Denken ist aber insofern ›post-modern‹, als es die Moderne durch eine reflexive Wende des Begriffs- und Normhaushaltes neu ausrichten wollte. Dieses Projekt steht hinter der Rhetorik des ›neuen Zeitalters‹ und des ›neuen Denkens‹.

Die Geschichte des Netzwerk-Denkens zeigt, dass dieses postmoderne, differenznormative Regierungsdenken keineswegs nur das Ergebnis radikaler linksliberaler Intellektueller ist, wie es etwa Andreas Rödders Geschichte des 21. Jahrhunderts in durchaus polemischer Absicht suggeriert.⁴⁹ Vielmehr bildete es sich in einem heterogenen, interdisziplinären und technologischen Forschungszusammenhang. Dessen Ideen konnten dann in so unterschiedlicher Weise verarbeitet werden, dass Management-Theorien und alternative Bewegungen, dass ›Konservative‹ mit Umweltbewusstsein und postmarxistische ›Linke‹ daran anschließen konnten. Auch wenn hier im Schluss die Gemeinsamkeiten vorgehoben wurden,

48 Im *network governance* ist die seltsame Nähe zu Foucault und den Governmentality Studies nicht unbemerkt geblieben, auch wenn dieser Zusammenhang (natürlich) nicht systematisch untersucht wurde. Siehe etwa Esmark: »Systems Theory«, S. 95; Sørensen/Torfig: »Theoretical Approaches to Metagovernance«, S. 178-180; eher beobachtend Sack: »Governance und Gouvernamentalität«; Biebricher: »Foucault, Gouvernamentalität und Staatstheorie«, S. 15-22.

49 Vgl. noch einmal Rödder: 21.0, S. 100-107, 116-126. Die polemische Stoßrichtung wird dann insbesondere in Interviews deutlich. Hier neigt Rödder dazu, dem postmodernen Dekonstruktivismus einen moralischen ›Rigorismus‹ und eine ›repressive Toleranz‹ zu attestieren und dies zum Auslöser des Rechtspopulismus zu erklären. Siehe Rödder: »Als Historiker kann ich nur sagen, es kommt nichts zurück«.

muss daher noch einmal betont werden, dass die konkreten Ausprägungen technologischer Figuren sehr unterschiedliche, ja geradezu gegensätzliche Formen annehmen können. Wie auch beim Souveränitätsdenken zu sehen war, ist diese breite Anschlussfähigkeit die Bedingung für den Erfolg eines gesellschaftlichen Selbstverständnisses.

Nach dem Strukturwandel: Im Zeichen von Neoliberalismus und Netzwerk-Denken

Die 1970er Jahre waren der Schauplatz einer tiefen Krise des Selbstverständnisses der westeuropäischen Gesellschaften, die eine große Transformation der Strukturen, Praktiken und Selbstbeschreibungen nach sich zog. Während die Geschichtswissenschaften vor allem Krisenphänomene wie die Jugendarbeitslosigkeit und die Ölpreiskrise detailliert untersuchten, und während jüngere Gesellschaftstheorien⁵⁰ diese Wandlungen zu größeren Thesen bündelten, hat die Politikwissenschaft bisher verhältnismäßig wenig zum Verständnis dieses Strukturwandels beigetragen – und das obwohl die Krise eine ganze Reihe neuer politischer Ideen freisetzte und damit die politische und politikwissenschaftliche Realität grundlegend verschob. Vielleicht liegt dies auch daran, dass eine solche Analyse nur als eine integrative Sozialwissenschaft betrieben werden kann, die das Verhältnis und den Wandel von politischen und gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen untersucht.

Um diesen tiefgehenden Wandel des Regierungsdenkens deutlich zu machen, habe ich das Regierungsdenken der Nachkriegszeit und die konfligierenden Deutungsmuster in den Krisendebatten der 1970er Jahre herausgearbeitet. Die Krisendiskurse der 1970er Jahre räumten die ›älteren‹ Begriffs- und Konfliktschemata zwischen ›Konservativen‹ und ›Progressiven‹ ab, die die Konflikte im Rahmen des Souveränitätsparadigmas dominiert hatten, und sie führten zum Aufstieg neuer Deutungsansätze. Diese Analyse der Deutungsmuster kann dabei als eine Ergänzung zu den soziologischen Wandlungstheseen verstanden werden, die stärker auf strukturelle Dynamik und Effekte abstellen. Sie liefert einen Ansatz, um die *Richtung* des Strukturwandels mithilfe der *Selbstdeutungen* der Akteure noch weiter zu erklären.

Dabei hat sich gezeigt, dass sich die so oft kolportierte Diagnose einer totalen Neoliberalisierung von Politik und Gesellschaft nicht halten lässt. Denn in den Krisendiskursen der 1970er Jahre erleben zwei konkurrierende Deutungsmuster ihren Durchbruch (Kap. 3.2, 3.3): Das neoliberale Regierungsdenken, das die *mangelnde Rationalität* des keynesianischen Staates anprangerte, und das technologische Regierungsdenken, das die *veraltete Rationalität* der Moderne für die Krise verantwort-

50 Insb. Reckwitz: *Die Gesellschaft der Singularitäten* und Rosa: *Beschleunigung*.

lich machte. Die historische Situation, die eine Abgrenzung vom Nachkriegsmodell der Souveränität erforderte, führte dabei freilich zu einer Konvergenz dieser beiden Deutungsmuster: Beide richteten sich gegen die souveräne Stellung der Politik, in der der Staat als moralisch höher gestellter Treuhänder des Gemeinwohls agiere. Vor diesem Hintergrund entwickelten beide eine ausgeprägte Skepsis gegen die Steuerungskapazität des Staates und versuchen, den Regierungsbegriff zu erweitern. Es ist daher auch kein Zufall, dass beide Strömungen an den Governance-Begriff anschließen konnten. Die Governance-Perspektive fängt die Rekalibrierung des Regierens auf, indem sie einerseits ›Regieren‹ für jedwedes Regelsystem verwendet und solche Regelsysteme andererseits in allen Arten von Organisationen und selbst auf der Interaktionsebene auffindet, zum Beispiel in Verhandlungen.

Aber diese historisch bedingte Konvergenz darf nicht über die grundlegenden Unterschiede dieser beiden Deutungsmuster hinwegtäuschen. Nicht nur dass die Krisennarrative die sozialen und politischen Probleme anders deuten, auch die *ideengeschichtlichen Ressourcen* für ihre Interpretationen sind völlig verschieden: Der Neoliberalismus steht in der Tradition des liberalökonomischen Denkens, wie es von Jeremy Benthams Utilitarismus begründet und in der Rational- und Public-Choice-Theorie der Nachkriegszeit reformuliert wurde. Dieser Ansatz ist von der klassischen Mechanik geprägt, die Bentham explizit auf die moralischen und politischen Fragestellungen übertragen hatte, um liberale Lösungen für die politischen und sozialen Probleme am Beginn der Moderne zu formulieren.

Demgegenüber griff das technologische Deutungsmuster auf jene kybernetischen Figuren zurück, die einer Kritik genau dieser Mechanik und ihrer Steuerungskonzepte verschrieben waren. Aus dieser Perspektive musste der neoliberale Ansatz daher selbst als ein Relikt der veralteten Rationalität der Moderne erscheinen, und es ist daher nur folgerichtig, dass sich viele Positionen des technologischen Regierungsdenkens immer wieder explizit vom Neoliberalismus und seinem New Public Management abgegrenzt haben – von Michel Crozier und Michel Foucault über Niklas Luhmann bis hin zum *network governance*.⁵¹

Auch in *systematischer Hinsicht* sind daher die Differenzen zwischen den Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsmustern der beiden Ansätze nicht zu übersehen. Sie haben eine grundsätzlich andere Perspektive auf das Verhältnis von Gesellschaft und Politik. Der Neoliberalismus belässt es bei einer Gegenüberstellung dieser beiden Einheiten, dreht aber die Hierarchie im Vergleich zu den Nachkriegstheorien der Souveränität um: Nicht mehr die Politik ist für die Steuerung der Gesellschaft zuständig, sondern die Gesellschaft steuert nunmehr die Politik. Märkte dienen in der Gesellschaft dazu, eine Präferenzordnung auszubilden, die dann durch den Staat durchgesetzt werden muss. Dem teleologischen Staatsverständnis der Nachkriegszeit wird ein instrumentelles Staatsverständnis

51 Für das *network governance* etwa Rhodes: *Understanding Governance*, S. 55–59, 110.

entgegengesetzt, in dem der Staat eine Schutzfunktion (*protective state*) und eine Kollektivgutfunktion (*productive state*) zu erfüllen hat, damit die individuellen Transaktionen abgesichert sind. Dabei wird den politischen Eliten grundsätzlich Misstrauen entgegengebracht, weil sie als Nutzenmaximierer unter dem permanenten Verdacht stehen, ihre institutionelle Macht zu eigenen Zwecken auszubuten. Daher setzt das neoliberale Regierungsmodell des New Public Management auf Praktiken der Transparenz, mit denen permanent Informationen über das Handeln der Beauftragten generiert werden. Dies ermöglicht einerseits eine straffe Kontrolle und Sanktionierung von »Agenten« durch ihre »Principale«, während andererseits die Zunahme der Informationen zu einer rationaleren, neutralen Politik führen soll.

Wie bereits zu sehen war, setzt auch das technologische Regierungsdenken auf den offenen Zugang zu Informationen, allerdings aus völlig anderen Gründen. Das Netzwerk-Denken löst die Gegenüberstellung von Politik und Gesellschaft auf und verortet erstere *in* der Gesellschaft, die zudem *nicht* als ein moralisch höherwertiger Akteur auftreten kann. Die Option kausaler Steuerung kann weder von »der« Politik noch von »der« Gesellschaft in Anspruch genommen werden, weil es *erstens* diese Einheiten gar nicht gibt und es *zweitens* unmöglich ist, ein repräsentatives oder rationales Urteil im Sinne des *one best way* zu generieren. Die Utopie vollständiger Erkenntnis und das Modell kausaler Steuerung werden durch die Vorstellung intransparenter Interdependenz und zirkulärer Führungsprozesse ersetzt. Daher dient die Offenheit der Informationen hier auch nicht der Reduktion von Ungewissheit, sondern der kreativen Revision und Innovation. Sie gewährleistet die Autonomie der Subjekte und Systeme, ohne dass ein methodologischer Individualismus in Anschlag gebracht wird: Das Subjekt ist ein vernetzter User von Informationen, kein atomisierter Nutzenmaximierer. Die Konzeptionen von Gesellschaft, Politik und Selbstführung unterscheiden sich damit fundamental vom neoliberalen Ansatz.

Daher muss man auch Andreas Reckwitz' Diagnose noch einmal qualifizieren. Er argumentiert, dass wir uns nach dem Strukturwandel in einer Gesellschaft bewegen, deren Politik durch einen »apertistisch-differenziellen Liberalismus« geprägt werde. Darin sieht er eine »Form des Regierens [...], die sowohl an Wettbewerbsstrukturen als auch an kultureller Diversität orientiert ist«, indem sie sich einerseits einer wirtschaftlichen und sozialen Öffnung verschreibe und andererseits kulturelle und soziale Differenzen fördere.⁵² Damit hat er richtig erfasst, dass der Neoliberalismus keine ausreichende Erklärung für die politischen Praktiken der Gegenwart liefert, aber er überzieht diese These zugleich. Vor allem trägt gerade der Neoliberalismus nicht die Züge der Singularisierung, die für Reckwitz die

52 Reckwitz: *Die Gesellschaft der Singularitäten*, S. 371.

Moderne nach dem Strukturwandel charakterisiert. Insbesondere das New Public Management zielt vielmehr auf eine Formalisierung und Standardisierung, um Kontrolle zu erlangen und hierarchische Rangordnungen erstellen zu können.⁵³ Dieser Ansatz ist durch und durch modernistisch. Ganz anders sieht dagegen das technologische Regierungsdenken aus. Dieses bringt tatsächlich starke ästhetisierende und singularisierende Impulse in die Politik nach dem Strukturwandel.

Nur wenn man daher diese beiden Strömungen heuristisch und historisch auseinanderhält, kann auch eine Analyse ›spätmoderner‹ Politik gelingen. Das Verhältnis von neoliberalen und technologischen Ansätzen muss dabei Gegenstand empirischer Untersuchungen sein. Dabei sind unterschiedliche Möglichkeiten denkbar. Eine evidente Option wären *fundamentale Differenzen*, die in der Praxis zu politischen Konflikten um die Interpretation von neuen Problemstellungen und bestehenden Institutionen führen. Im Zweifelsfall kann dies sogar auf den Versuch einer feindlichen Übernahme hinauslaufen. Ein Beispiel dafür ist die Leitlinie zum *network governance*, die von PriceWaterhouseCoopers und dem ›Internationalen Centrum für Franchising und Cooperation‹ herausgegeben wurde.⁵⁴ Hier werden einerseits die Vorteile des Netzwerk-Ansatzes bei der Akquise von Ressourcen betont, andererseits zielt der daraufhin entwickelte *Good-Governance*-Kodex aber darauf, die Netzwerk-Beziehungen erst in den Begriffen von Principal-Agent-Beziehungen zu reformulieren und dann neoliberale Prinzipien für das Verhalten in Netzwerken vorzugeben. Dazu gehören etwa ›transparente‹ Berichterstattungen und weitere Kontrollmechanismen, mit denen die Agenten an die Interessen des Principals gebunden werden. Dadurch wird gerade die Diversität des Verhaltens auf einen formalisierten, vorab definierten Handlungsspielraum begrenzt und hierarchisch sanktioniert. Der Neoliberalismus überformt die Netzwerk-Idee.

Eine andere Ausprägung des Verhältnisses von Neoliberalismus und Netzwerk-Denken sind Überschneidungen. Diese können als nicht-intendierte Effekte oder als Kooperationen auftreten, in deren Verlauf sich die Logiken auch verbinden können. Effektive Überschneidungen kämen dann nicht durch ein gemeinsames Projekt zustande, sondern weil sich die je einzeln anvisierten Zielstellungen überlappen. Ein Beispiel dafür ist die oben erwähnte Skepsis gegen die staatliche Steuerungskompetenz, die im einen Fall aus einem anthropologisch begründeten Misstrauen und im anderen Fall aus dem Komplexitätstheorem gespeist wird. Allerdings können solche effektiven Überschneidungen auch in Kooperationen transformiert werden. Dies könnte in politischer Hinsicht etwa für Forderungen nach Transparenz und Open Government gelten, die zwar unterschiedlich motiviert sind, aber in der Lobbyarbeit durchaus zusammenwirken. Für die-

53 Zur Homogenisierung durch Rankings vgl. Mau: *Das metrische Wir*, S. 225-239.

54 Siehe Ahlert et al.: *Network Governance*.

se Kooperationen bieten die Informations- und Spiel-Metaphoriken (trotz der unterschiedlichen Auslegungen) eine gemeinsame Verständigungsgrundlage.⁵⁵

Das Mit-, Neben- und Gegeneinander der beiden Regierungsrationalitäten öffnet außerdem einen neuen Blick auf gesellschaftliche Probleme nach dem Strukturwandel. Darunter ist eine Pathologie, die sozialwissenschaftlich breite Aufmerksamkeit gefunden hat, bisher aber fast immer dem Neoliberalismus zugeschrieben wurde: die Überforderung des Subjekts. Durch die Neoliberalisierung werden demnach die Subjekte zu »Unternehmern ihrer selbst«, die ihr Leben auf Profitmaximierung ausrichten sollen und gleichzeitig alle Risiken von Fehlschlägen abfedern müssen.⁵⁶ Nach der Analyse des technologischen Regierungsdenkens zeigt sich aber, dass hier eine effektive Überschneidung vorliegt: Denn auch das Netzwerk-Denken fordert von dem Subjekt eine permanente Aktivität in Form von Selbst-Kritik, Konnektivität und Kreativität, wofür es das Subjekt eigens vom Sicherheitsdenken des Wohlfahrtsstaates befreien will.

Auch Luc Boltanski und Ève Chiapello haben darauf in ihrer Einschätzung der Netzwerk-Polis hingewiesen. Sie argumentieren, dass der konnexionistische Geist von den Subjekten verlange, »anpassungsfähig, flexibel« und »polyvalent« zu sein, keine Risiken zu scheuen und auf alles zu verzichten, was diese Flexibilität beeinträchtigt, insbesondere auf moralische Bindungen.⁵⁷ Dafür führen sie nicht nur die Management-Literatur an, sondern auch Michel Crozier und Gilles Deleuze. Dass auch diese Reaktion auf den Strukturwandel die Subjekte überfordern kann, liegt auf der Hand. Die polemische Kritik am Neoliberalismus reicht in diesem Fall

55 Ein Beispiel für eine derartige Verständigung zeigt sich in theoretischer Hinsicht bei Netzwerk-Ansätzen, die sich spieltheoretischer Modellierungen der Interaktionen bedienen. Damit kaufen sie sich potenziell die Konzeption des Nutzenmaximierers ein, deren eindimensionale Tauschrationalität vom Netzwerk-Denken eigentlich kritisch gesehen wird. Der Übertritt bietet aber den policy-nahen Ansätzen einen Ausweg, weil die Betonung des Eigenverhaltens im Netzwerk-Denken schlicht keine eigenständige, prognosefähige Handlungstheorie bereithält. So beschrieb Rhodes: *Understanding Governance*, S. 9, anfangs die Spiele auch als ein Ressourcentausch, in dem es um Nutzen geht; ähnlich auch Boyer: »Netzwerke und Geschichte«, S. 53. Zu unterschiedlichen Adaptionen des Spiels siehe auch Klijn/Teisman: »Strategies and Games in Networks«; eine typische Referenz für die spieltheoretische Modellierung ist dann Scharpf: »Games Real Actors Could Play«.

56 Namensgebend für eine Vielzahl von Folgestudien war Bröckling: *Das unternehmerische Selbst*. Methodologisch verbindet Bröckling laut Kap. 1 dabei übrigens Foucault'sche und systemtheoretische Ansätze. Vgl. jüngst auch Fuchs et al. (Hg.): *Das überforderte Subjekt*, wo sich auch breitere, beschleunigungstheoretisch grundierte Beiträge finden. Zum Sinnverlust in neoliberal rationalisierten Verwaltungen aus anderer Perspektive auch August: »Theorie und Praxis der Transparenz«, S. 140f.

57 Boltanski/Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*, Zitate S. 158 (Hervorhebung entfernt), insg. 158-173.

weder aus, um die Selbstbeschreibungen der Subjekte zu verstehen, noch um einen Ausweg aufzuzeigen. Deshalb haben Boltanski und Chiapello eine Kritik der Sozialkritik formuliert, denn diese richte sich bisher immer noch auf die Konstellation der »bürgerlichen« Moderne und übersehe daher die Herausforderungen der Netzwerk-Logik.⁵⁸

Diese Herausforderungen lassen sich vor allem dort finden, wo die gesellschaftliche Selbstbeschreibung des technologischen Ansatzes blinde Flecken aufweist, durch die sie konfligierende Selbstbeschreibungen übersieht. Schon weil die technologische Selbstbeschreibung ihre Subjektkonzeption als eine freiheitliche Praxis sieht, in der dem Subjekt zahlreiche Möglichkeiten des Selbstentwurfs bereitgestellt werden, ohne diese der moralischen Beurteilung auszusetzen, kann sie die überfordernde Wirkung eines solchen Entwurfes für so manche Subjekte nicht erfassen.

Besonders scharf – und politisch heikel – wird dieses Problem konfligierender Selbstbeschreibungen aber dort, wo der konkurrierende Selbstentwurf auf Kriterien aufbaut, die das technologische Regierungsdenken explizit zurückweist, wie zum Beispiel einen Rückbezug auf Kontinuität und Territorium. In ihrer Studie über den Aufstieg der neuen Rechten in den USA zeigt Arlie Russel Hochschild etwa, dass sich gerade in ländlichen Regionen das Selbstwertgefühl der Menschen aus territorialer Herkunft und kontinuierlicher Anstrengung speist, man dort aber gleichzeitig den Eindruck hat, dass diese Qualitäten des Landes keine Anerkennung mehr finden.⁵⁹

Tatsächlich besteht im technologischen Regierungsdenken sowohl ideengeschichtlich als auch systematisch eine gewisse Distanz zum Ländlichen. Nicht zuletzt bilden die Planungs- und Steuerungsprobleme urbaner Regionen wie San Francisco oder Los Angeles einen Hintergrund der Konzepte; vor allem aber werden Flächen im relationalen Raum des Netzwerkdenkens nicht repräsentiert. Durchaus paradigmatisch für dieses Selbstverständnis heißt es daher bei Luhmann: »Das Zentralproblem politischer Herrschaft liegt schon lange nicht mehr in den Unterschieden der Lebensformen auf dem Lande und in der Stadt.«⁶⁰ Doch dies steht in Spannung zu anderen Selbstbeschreibungen in der Gesellschaft, die das womöglich anders sehen.

Die zentrale Herausforderung für das technologische Regierungsdenken besteht dabei aber weniger in der Vernachlässigung von Themen, man könnte sagen: in seiner mangelnden Umweltsensibilität. Denn die Stärke des Netzwerk-Denkens ist ganz zweifelsohne, dass es um die blinden Flecken eines jeden Ansatzes weiß

58 Vgl. z.B. Boltanski/Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*, S. 450, 569.

59 Vgl. Hochschild: *Fremd in ihrem Land*, S. 291f.

60 Luhmann: »Staat und Staatsräson im Übergang von traditionaler Herrschaft zu moderner Politik«, S. 146.

und zu einer Aufklärung dieser Flecken aufruft – auch wenn dieser Aufruf zu einer historischen Kritik des Netzwerk-Denkens selbst selten aufgenommen wurde. Die Schwäche des Ansatzes besteht daher vielmehr darin, dass es keinen Rahmen bereitstellt, um die subjektiven Defiziterfahrungen in kollektive Handlungserfahrungen zu transformieren. Der Begriffsapparat des Netzwerk-Denkens ist hervorragend geeignet, um Paradoxien zu erfassen, um Alternativen zu produzieren und Autonomie gegen Normierungen zu verteidigen. Er bietet aber *rhetorisch* und *konzeptionell* eine offene Flanke im Bereich *kollektiver Selbstverständigung und kollektiven Handelns*.

Auch in dieser Hinsicht fällt die Kritik von Boltanski und Chiapello überaus scharf aus. Denn sie attestieren der Vorstellungswelt des Netzwerks, dass sie »kein geeignetes Prinzip [hat], um die Zahl der Personen zu benennen, zwischen denen eine Gerechtigkeitsrelation hergestellt werden kann«. ⁶¹ Daher »braucht die Gerechtigkeitsfrage gar nicht erst gestellt zu werden«, und die soziomoralischen Anforderungen reduzieren sich darauf, den Bestand des Netzwerkes zu sichern. ⁶² Es kommt also allenfalls durch die Netzwerkstandards eine gerechtigkeits-theoretische Stoßrichtung in das Netzwerk-Denken, weil es die paralysierenden Folgen von Marginalisierung und Normierung aus der Perspektive der konstitutiven Diversität und Konnektivität von Netzwerken thematisieren kann.

Dadurch fokussiert man sich aber auf die Freiheit des einzelnen Akteurs. Schon Heinz von Foerster und Gregory Bateson argumentierten für eine Heterarchie der Werte und gegen die Idee eines *summum bonum*. Bei Michel Foucault wird die gleiche Haltung in seiner Kritik an den normierenden Praktiken der Moderne und seiner vehementen Verteidigung des Singulären deutlich. Ihm gelingt es zwar sogar, eine neue Konzeption von Subjektivität zu gewinnen, eine kollektive Dimension fehlt ihr aber: Ihre Politizität besteht gerade in der *individuellen Freiheit zur experimentellen Selbstführung*. Schließlich verwies auch Niklas Luhmann die Vorstellung eines Gemeinwohls oder Gerechtigkeitsideals in die (vermeintlich) untergegangene Welt der Vormoderne und erklärte, dass eine funktional-differenzierte Welt gerade *nicht auf normativer Integration* aufrufen kann. In der neusten Variante fordert auch Armin Nassehi, »mit möglichst sparsamen Formen von Gemeinschaftlichkeit aus[zu]kommen«. ⁶³

61 Boltanski/Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*, S. 150f.

62 Boltanski/Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*, S. 151.

63 Nassehi: »Das Politische der politischen Gesellschaft«, S. 139. Dabei gibt es in weiten Teilen des technologischen Regierungsdenkens Formen von »Gemeinschaft, nämlich jene, die an die Praxis der gegenkulturellen Kommunen angelehnt sind. Paradoxerweise handelt es sich hier aber gerade um weitgehend *homogene* Gemeinschaften, die gewissermaßen eigeninteressiert auf ihr Ziel ausgerichtet sind: Es sind lokale Singularitäten im Netzwerk, die gerade nicht auf kollektives Handeln oder eine kollektive Verantwortung abzielen (wie man auch bei Foucaults Organisationsvorstellung gesehen hat). Wie Fred Turner beobachtet hat, neigten

Die vorliegende Untersuchung plausibilisiert diese Ablehnung des Gemeinwohls, weil sie historisch als Reaktion auf die erdrückende Normativität und den selbstzerstörerischen Interventionismus eines Souveränitätsdenkens gesehen werden kann, das mit guten Gründen in den 1970er Jahren für gescheitert erklärt wurde. Vor diesem Hintergrund sind die Freiheitsgewinne des Netzwerk-Denkens ebenso enorm wie die Erkenntnisgewinne, die man durch die Umstellung der analytischen Herangehensweise auf Differenz und zirkuläre Regulation erhält.

Gleichzeitig kann aber die ganz alteuropäische Erwartung an eine kollektive Selbstgestaltung auf der einen und an eine normative Orientierungsfunktion der Politik auf der anderen Seite gesellschaftlich nicht aufgegeben werden. Sie ist funktional notwendig, wie Luhmann durchaus wusste.⁶⁴ Diese kollektive Dimension braucht allerdings nicht in der Form eines substanzialistischen Gemeinwohls oder homogener Gemeinschaften daherzukommen, die nicht nur im technologischen Regierungsdenken immer wieder zur Abgrenzungsfolie reicht, um das Problem schnell beiseite zu legen. Denn womöglich ist man gerade *wegen* der Diversität moderner Gesellschaften sowohl auf die kollektive Konstitution und Verhandlung von Problembeschreibungen als auch auf die Einübung und Ausübung von Gemeinsinn angewiesen.

Wenn es aber nicht gelingt, den *faktisch vorhandenen* Erwartungen an Politik Ausdruck zu verleihen, kann ein fundamentaler Konflikt zwischen den Selbstbeschreibungen in einer Gesellschaft entstehen. Die Sprengkraft dieses Konfliktes ist enorm, wie seit der Finanzkrise 2008 und noch einmal verschärft seit der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 zu sehen ist. Denn an die verwaiste Stelle kollektiver Erfahrungen können nationalistische und rechtsextremistische Strömungen treten, die den Begriff der Souveränität mit seinem Pathos von Integration und Machbarkeit in verkümmelter Form wieder aufgreifen. Sie werden dann zu einer Projektionsfläche für die gesammelten Problemlagen nach dem Strukturwandel der Moderne. Dadurch steht das technologische Regierungsdenken vor einem Paradox: Gerade die differenztheoretisch begründete Verweigerung von Gemeinwohl und Gemeinsinn könnte zur Gefahr für die differenzierte Gesellschaft werden.

Die Risse im Regierungsdenken der Spätmoderne haben dabei auch jenseits rechtsextremistischer und linkspopulistischer Positionen den Raum für souveränitätstheoretische Argumente wieder geöffnet. Intellektuelle Interventionen aus

die Kommunen historisch zu Elitarismus, Homogenität und einer Ablehnung formaler Politik, die nicht selten zu einem Führerkult führte (vgl. Turner: *From Counterculture to Cyberculture*, S. 256f.). Eine solche Form – um mit McLuhan zu sprechen – »tribaler« Gemeinschaftlichkeit hat mit reflektierten, souveränitätskritischen und diversitätsbewussten Modellen des Gemeinsinns, wie man es etwa bei Hannah Arendt findet, tatsächlich wenig gemein.

64 Für eine ähnliche Kritik der Systemtheorie, freilich in anderem Zusammenhang, vgl. Rosa: *Resonanz*, S. 380.

einem eher sozialdemokratischen Spektrum werben etwa dafür, den souveränen Nationalstaat als eine politische Ordnung wiederzuentdecken, weil er gerade wegen seiner territorialen Verankerung soziale Integration, demokratische Partizipation, internationale Kooperation und ökonomische Gerechtigkeitserwägungen besser verbinden könne, als dies in den vergangenen 30 Jahren gelungen sei.⁶⁵

Und auch auf zentralen Politikfeldern gewinnt die Rationalität der Souveränität wieder an Boden, was sich bei der Digitalisierungspolitik besonders deutlich zeigt.⁶⁶ Dieses ursprünglich stark am Paradigma der Vernetzung orientierte Feld wird nun mit Fragen politischer Souveränität konfrontiert, und zwar sowohl mit Blick auf die Inhalte (*policies*) als auch mit Blick auf Akteursstruktur (*polity*) und Verfahren (*politics*). Dabei geht es häufig um Probleme, die aus den Kernideen des technologischen Paradigmas folgen, wie zum Beispiel die Frage, ob das ›Rauschen des Wissens‹ im Netz im Falle von ›Hate Speech‹ und ›Fake News‹ nicht doch einer klareren, normativ grundierten Regulation bedarf, die den Staat als repräsentative Ordnungsinstanz auf den Plan ruft.

Das Paradigma der Souveränität kann also genau dort wieder aufgerufen werden, wo die spätmodernen Paradigmen problematisch werden. Insbesondere bei den Erwartungen an kollektive Handlungsfähigkeit bietet es *vertraute* Denkfiguren und ermöglicht so eine schnelle Reaktion auf eine freilich *neue* Problemlage. Diese Problemlage ergibt sich gerade aus den Folgen des Strukturwandels und macht deshalb eine einfache Rückkehr zum Souveränitätsparadigma unwahrscheinlich. Denn die Reaktionen auf den Strukturwandel der Moderne haben schon jetzt institutionell und ideenpolitisch zu starke Spuren hinterlassen, als dass dies ohne Weiteres zurückgedreht werden könnte. Das gilt in besonderer Weise für das Netzwerk-Denken, das sich tief in die Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsmuster der Spätmoderne eingeschrieben hat. Seine blinden Flecken und nicht-intendierten Folgen schaffen aber neue Zerwürfnisse. Darauf gilt es eine Antwort zu finden.

65 Siehe z.B. Jörke: *Die Größe der Demokratie*.

66 Vgl. zum Folgenden Pohle/Thiel: »Digitale Vernetzung und Souveränität: Genealogie eines Spannungsverhältnisses«, insb. S. 75.